

Gut.

Fair. Menschlich. Nah.

Geschäftsbericht 2016

Wenn's um Geld geht

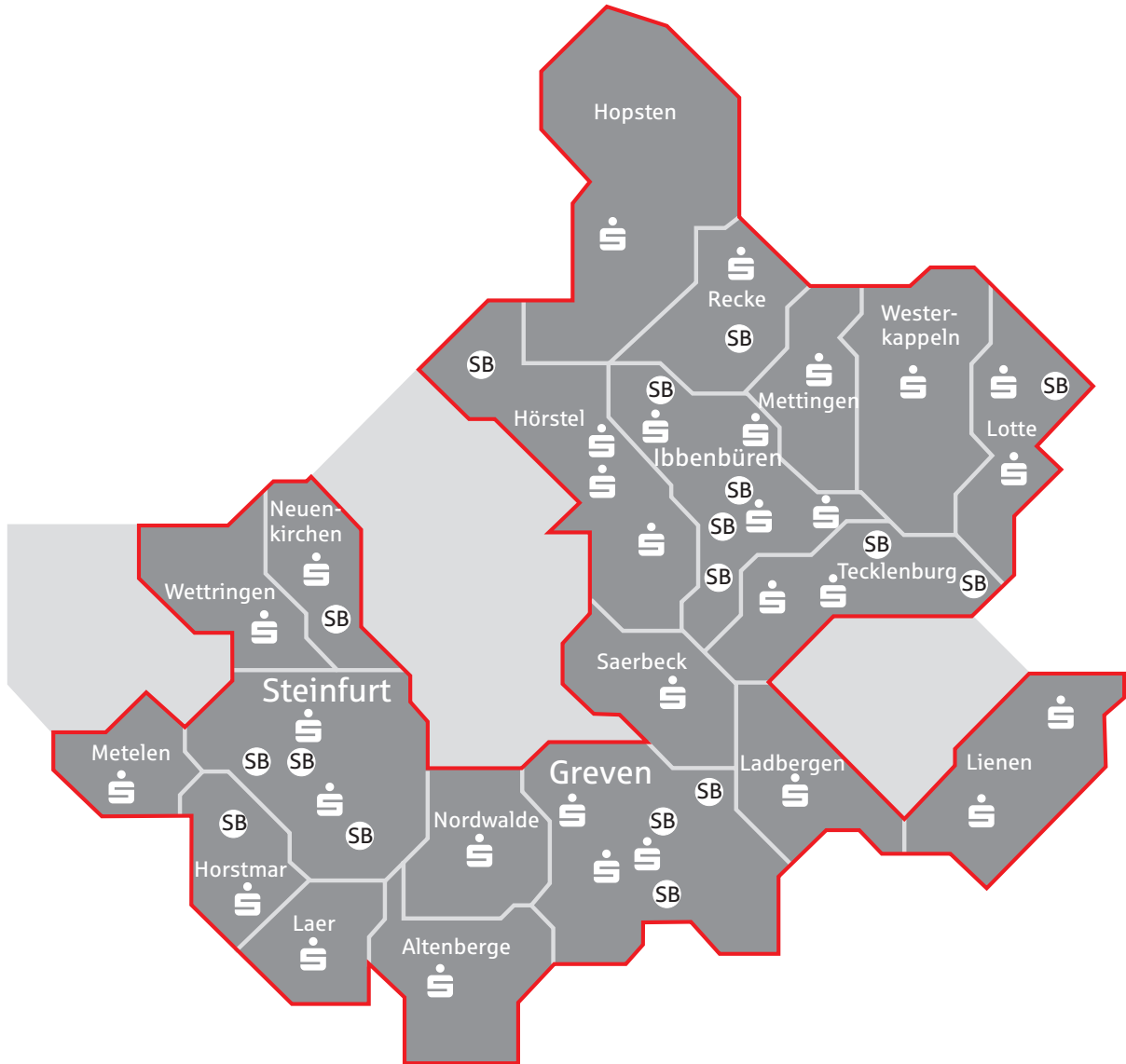


Kreissparkasse
Steinfurt

Wenn's um Geld geht



Kreissparkasse Steinfurt



Lagebericht Kreissparkasse Steinfurt 2016

A. Grundlagen der Sparkasse

Die Kreissparkasse Steinfurt ist gemäß § 1 SpkG eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie ist Mitglied des Sparkassenverbands Westfalen-Lippe (SVWL), Münster, und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V., Berlin und Bonn (DSGV), angeschlossen. Sie ist beim Amtsgericht Steinfurt unter der Nummer A 4197 im Handelsregister eingetragen.

Träger der Sparkasse ist der Sparkassenzweckverband, der von dem Kreis Steinfurt und den Städten und Gemeinden Altenberge, Greven, Hörstel, Hopsten, Horstmar, Ibbenbüren, Ladbergen, Laer, Lienen, Lotte, Metelen, Mettingen, Neuenkirchen, Nordwalde, Recke, Saerbeck, Steinfurt, Tecklenburg, Westerkappeln und Wettringen gebildet wird. Der Sparkassenzweckverband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Sitz in Ibbenbüren und ist ebenfalls Mitglied des SVWL. Satzungsgebiet der Kreissparkasse Steinfurt sind das Gebiet des Trägers sowie das Gebiet der benachbarten Kreise Borken, Coesfeld, Emsland, Osnabrück, Warendorf, Landkreis Grafschaft Bentheim und der kreisfreien Städte Münster und Osnabrück. Die Sparkasse ist Mitglied im bundesweiten Haftungsverbund der Sparkassen-Finanzgruppe, der aus Sparkassen, Landesbanken und Landesbausparkassen besteht.

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat das Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe als Einlagensicherungssystem nach dem Einlagensicherungsgesetz (EinSiG) amtlich anerkannt. Es besteht nun aus einer freiwilligen Institutssicherung und einer gesetzlichen Einlagensicherung.

Unsere Sparkasse ist ein regionales Wirtschaftsunternehmen mit der Aufgabe, die geld- und kreditwirtschaftliche Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft insbesondere im satzungsmäßigen Geschäftsgebiet sicherzustellen. Daneben ist das soziale und kulturelle Engagement der Sparkasse zu nennen. Im Rahmen der Geschäfts- und Risikostrategie sind die Grundsätze unserer geschäftspolitischen Ausrichtung zusammengefasst und in die operativen Planungen eingearbeitet. Durch die zielorientierte Bearbeitung der strategischen Geschäftsfelder soll die Aufgabenerfüllung unserer Sparkasse über die Ausschöpfung von Ertrags- und Kostensenkungspotenzialen sichergestellt werden. Der Vorstand hat die Risikostrategie überprüft und den veränderten Rahmenbedingungen angepasst. Die Strategie wurde mit dem Verwaltungsrat unserer Sparkasse erörtert und innerhalb des Hauses kommuniziert.

B. Wirtschaftsbericht

1. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen im Jahr 2016

Weltwirtschaft in einer moderaten Wachstumsphase

Die Weltwirtschaft wächst momentan zwar nur verhalten, im langjährigen Vergleich sind die Wachstumsraten jedoch nicht außergewöhnlich gering. Nach den kräftigen Zuwachsraten und den Übertreibungen im Vorfeld der globalen Finanzkrise im Jahr 2008 scheint sich das Wachstum vielmehr wieder zu normalisieren. Nichtsdestotrotz zeigen sich bei der globalen Entwicklung drei problematische Aspekte: Das Produktivitätswachstum ist gering, die Investitionstätigkeit ist schwach und der Welthandel wächst deutlich langsamer als vor der Krise.

Die Industrieländer befinden sich in einer Phase der konjunkturellen Erholung. Das unerwartete Brexit-Votum im Vereinigten Königreich hat zwar vorübergehend zu einem Anstieg der Unsicherheit auf den Finanzmärkten geführt, doch die realwirtschaftlichen Effekte waren bisher begrenzt. In den meisten Industrieländern tragen die aufwärtsgerichtete Arbeitsmarktlage und die damit einhergehenden Einkommenszuwächse dazu bei, dass die Konjunkturerholungen überwiegend binnenwirtschaftlich getrieben sind.

In den Schwellenländern hat sich die Wirtschaftslage in den vergangenen Monaten stabilisiert. Die chinesische Wirtschaft expandierte robust. Außerdem verzeichnete Indien anhaltend hohe Wachstumsraten. In den übrigen Schwellenländern ist die Lage nach wie vor weniger günstig. In Russland und Lateinamerika zeichnet sich aber allmählich ein Ende der Rezession ab. Ausschlaggebend dürften die gefestigten Rohstoffpreise sein.

Im Euro-Raum hat sich die konjunkturelle Erholung in 2016 fortgesetzt. Auch auf dem Arbeitsmarkt schreitet die Erholung voran. Getragen wird diese Entwicklung vor allem von der Binnennachfrage. Insbesondere die privaten Haushalte erhöhen beständig ihre Konsumnachfrage. Darüber hinaus hat der Ölpreisverfall zum Anstieg der realen verfügbaren Einkommen beigetragen. Problematisch ist allerdings, dass ein wesentlicher Teil des Wachstums auf die expansive Geldpolitik zurückgeht. Dies lässt bezweifeln, dass die Erholung selbsttragend ist.

Deutsche Wirtschaft im Aufschwung

Die konjunkturelle Lage in Deutschland war auch im Jahr 2016 gekennzeichnet durch ein solides und stetiges Wirtschaftswachstum. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt war um 1,9 % höher als im Vorjahr. Getragen wird der Aufschwung von der dynamischen Binnennachfrage, insbesondere von der deutlichen Ausweitung der privaten Konsumausgaben und der Wohnungsbauinvestitionen.

Ausschlaggebend für die gute Konsumentenstimmung ist die positive Einkommensentwicklung, die wiederum auf die robuste Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt in den vergangenen Jahren zurückzuführen ist. Der Anstieg der Verbraucherpreise fiel mit 0,5 % sehr gering aus.

Gebremst wurde das BIP-Wachstum durch einen Vorratsabbau. Der Außenbeitrag, also die Differenz zwischen Exporten und Importen, hatte per Saldo ebenfalls einen leicht negativen Effekt auf das BIP-Wachstum. Dämpfend wirken die zögerliche Erholung der Weltwirtschaft und der wenig dynamische Welthandel. Darüber hinaus hat sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zuletzt leicht verschlechtert.

Das regionale Wirtschaftsklima – Weiterhin stetiges Wachstum

Der IHK-Konjunkturklimaindikator ist zum Jahreswechsel 2016/2017 auf 126 Punkte gestiegen. Damit steht er wieder auf demselben Stand wie vor einem Jahr. Er liegt jetzt zehn Punkte über dem langfristigen Mittel.

Es bleibt bei der insgesamt positiven Lage- und Zukunftseinschätzung: 95 % der befragten Unternehmen beurteilen ihre aktuelle Situation mit gut oder zumindest befriedigend. Nur jeder zwanzigste Betrieb hält die Lage derzeit für schlecht. Besonders günstig fällt die Situation in der Bauwirtschaft aus, wo – wengleich mit leichten Abstrichen – weiter Hochkonjunktur herrscht. Auch die Dienstleistungsunternehmen und die Industrie bleiben, ebenfalls bei leichten Einschränkungen, generell sehr positiv gestimmt. Besser geworden ist die Stimmung im Handel.

Mit dem langgezogenen Aufschwung und der steigenden Kapazitätsauslastung wäre es an der Zeit, dass die Unternehmensinvestitionen deutlich zulegen, um lieferfähig zu bleiben. Die Investitionsneigung steigt allerdings nur leicht an. Besonders zurückhaltend ist die Industrie.

Im Verlauf des Aufschwungs hat sich die Sicht auf jene Faktoren geändert, die die Expansion in nächster Zeit gefährden könnten. Als Konjunkturrisiken werden von den Unternehmen insbesondere der Fachkräftemangel, die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen und die Entwicklung der Inlandsnachfrage gesehen.

Trotz der erhöhten Risiken kann als ein zentrales Ergebnis der Konjunkturumfrage festgehalten werden: Die Wirtschaft in Nord-Westfalen bleibt ein Hort der Stabilität und des soliden, wenn auch moderaten Wachstums.

Zinsentwicklung

Im Umfeld der zusätzlichen Lockerungsmaßnahmen der EZB im Jahr 2016 fielen die Renditeniveaus am Anleihemarkt auf breiter Front. Exemplarisch sei die zehnjährige Bundesanleihe erwähnt, deren Rendite im Sommer auf -0,2 % abrutschte und erst im Oktober 2016 wieder den Weg in positives Terrain fand.

Von einer echten Zinswende kann jedoch nur für die USA gesprochen werden. Anderenorts dürfte noch eine geraume Zeit vergehen, bis von der Zinswende auch bei den Sparern wieder etwas ankommt. Daher ist wohl die hervorstechendste Entwicklung der Geldpolitik ihr zunehmendes globales Auseinanderlaufen.

In der EU bleibt eine erhebliche Unterschreitung des Inflationsziels das Leitmotiv der Geldpolitik. Die nur langsam steigende Inflation dürfte sich in einem ebenso langsamen Ausstieg aus der extrem lockeren Geldpolitik widerspiegeln. Die EZB wird wohl den Einlagensatz über das Jahresende 2018 hinaus auf seinem derzeitigen Niveau von -0,4 % belassen.

2. Veränderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen im Jahr 2016

Im Zuge der EU-Bankenabgabe erfolgt seit dem 01.01.2016 die schrittweise Zusammenführung der nationalen Abwicklungsfonds zu einem einheitlichen europäischen Abwicklungsfonds (Single Resolution Funds – SRF). Dessen Zielvolumen soll zum 01.01.2024 erreicht sein. Durch die Bankenabgabe sollen die Kosten des systematischen Risikos des Kredit- und Handelsgeschäfts dem Finanzsektor auferlegt werden.

Die Wohnimmobilienkreditrichtlinie ist durch den Gesetzgeber zum 21.03.2016 in deutsches Recht umgesetzt worden und setzt die mit der Verbraucher-kreditrichtlinie 2010 begonnene Regulierung der Kreditvergabe fort. Die Anforderungen der Wohnimmobilienkreditrichtlinie wurden im Rahmen einer umfang-

reichen Projektarbeit in der Sparkasse erarbeitet und in die jeweiligen Prozesse integriert. Die Sparkasse hat sämtliche Anforderungen der neuen Gesetzgebung umgesetzt.

Am 23. Dezember 2016 hat die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) eine Allgemeinverfügung zur Unterlegung von Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch mit regulatorischen Eigenmitteln veröffentlicht. Kern dieser Allgemeinverfügung ist die Ableitung eines Kapitalzuschlags auf Basis des Verhältnisses aus höchster negativer Barwertänderung des Zinsbuchs (gemäß Baseler Zinsschock) und Gesamtrisikoposition nach Artikel 92 (3) CRR. Die Allgemeinverfügung richtet sich an alle weniger bedeutenden Institute (Less Significant Institutions – LSI), die im Rahmen des aufsichtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozesses (Supervisory Review and Evaluation Process – SREP) noch keinen rechtskräftigen Bescheid erhalten haben. Die erstmalige Berechnung und Meldung des Kapitalzuschlags haben wir fristgerecht zum Meldestichtag 31. Dezember 2016 vorgenommen.

3. Darstellung, Analyse und Beurteilung des Geschäftsverlaufs

Mit dem Verlauf des Geschäftsjahres 2016 sind wir gut zufrieden.

3.1. Bilanzsumme und Geschäftsvolumen

Die Bilanzsumme erhöhte sich im Jahr 2016 um EUR 253,5 Mio. bzw. 7,1 % auf EUR 3.811,1 Mio. Sie ist damit deutlich stärker gestiegen, als ursprünglich geplant. Ausschlaggebend war einerseits das stärkere Wachstum unserer Kundeneinlagen. Darüber hinaus haben wir langfristige Refinanzierungen bei der Deutschen Bundesbank getätigt, die wir bei unserer Jahresplanung noch nicht absehen konnten.

Das aus Kundenaktiva, Kundenpassiva, Eventualverbindlichkeiten, unwiderruflichen Kreditzusagen und den Kundenbeständen im Wertpapiergeschäft bestehende Geschäftsvolumen erhöhte sich um EUR 307,3 Mio. oder 5,1 % auf EUR 6.328,0 Mio.

3.2. Kreditgeschäft

Insgesamt entsprach die Entwicklung der Forderungen an Kunden gemessen an bilanziellen Werten mit einem Zugang von 4,4 % unserer Planung. Die Darlehenszusagen beliefen sich im Jahr 2016 auf EUR 621,4 Mio. (Vorjahr EUR 619,9 Mio.). Davon entfielen EUR 318,2 Mio. auf die Finanzierung des Wohnungsbaus. Der Strukturanteil der Kundenforderungen an der Stichtagsbilanzsumme verminderte sich auf 75,6 % (Vorjahr 77,5 %).

Bei Privatpersonen stiegen infolge der weiterhin anhaltenden Nachfrage nach langfristigen Darlehen die Forderungen um EUR 67,9 Mio. Das zugesagte Kreditvolumen an private Haushalte weist einen Anstieg von 6,9 % auf EUR 313,1 Mio. aus. Im Kreditgeschäft mit Unternehmen und Selbstständigen erhöhte sich das Kreditvolumen infolge der erhöhten Investitionsbereitschaft um EUR 7,2 Mio. Die Darlehenszusagen lagen mit EUR 297,2 Mio. auf Vorjahresniveau.

3.3. Wertpapiereigenanlagen

Zum Bilanzstichtag erhöhte sich der Bestand an Wertpapiereigenanlagen gegenüber dem Vorjahr um insgesamt EUR 175,9 Mio. auf EUR 676,8 Mio. Hierfür war insbesondere die Aufstockung der Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere um EUR 165,4 Mio. maßgeblich. Die Bestände von Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren erhöhten sich um EUR 10,4 Mio. Ursächlich hierfür war die Wiedanlage der Ausschüttung unseres Spezialfonds.

3.4. Beteiligungen

Der Anteilsbesitz per 31.12.2016 von EUR 53,0 Mio. entfiel mit EUR 51,8 Mio. auf die Beteiligung am SVWL. Die Veränderung gegenüber dem Vorjahr um EUR 0,3 Mio. resultiert insbesondere aus der Anpassung des Buchwertes unserer Beteiligung am SVWL infolge einer zwischenzeitlichen Erhöhung des Stammkapitals sowie einer Abschreibung zum Jahresende.

3.5. Geldanlagen von Kunden

Aus dem Wachstum der Kundeneinlagen und dem Saldo aus An- und Verkäufen im Kundenwertpapiergeschäft wurde im Jahr 2016 eine Gesamtsparsparnis von EUR 133,6 Mio. erzielt. Dabei fiel der Anstieg der Kundeneinlagen mit EUR 108,0 Mio. bzw. 4,4 % auf EUR 2.542,5 Mio. deutlich stärker aus als geplant. Im Wertpapiergeschäft wurden insgesamt für EUR 25,6 Mio. mehr Wertpapiere gekauft als verkauft.

Ursächlich für den Zuwachs bei den Kundeneinlagen ist der Anstieg der Sichteinlagen um EUR 116,7 Mio. Darüber hinaus erhöhte sich auch der Bestand der Spareinlagen um EUR 31,2 Mio. Bedingt durch das Zinsumfeld hat die Nachfrage nach Termingeldern und Sparkassenbriefen weiter abgenommen. Folglich reduzierten sich deren Bestände um EUR 2,0 Mio. bzw. EUR 42,4 Mio.

3.6. Interbankengeschäft

Die Forderungen an Kreditinstitute erhöhten sich um EUR 9,1 Mio. auf EUR 108,4 Mio. Der Bestand setzt sich aus bei Kreditinstituten unterhaltenen Liquiditätsreserven, Geldanlagen und Zinsabgrenzungen aus Swapgeschäften zusammen. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten erhöhten sich um EUR 133,2 Mio. auf EUR 900,3 Mio.

Bei diesen Beständen handelt es sich im Wesentlichen um langfristige Weiterleitungsdarlehen und Sparkassenbriefe sowie langfristige Refinanzierungsgeschäfte mit der Deutschen Bundesbank.

3.7. Dienstleistungsgeschäft

Mit der Entwicklung im Dienstleistungsgeschäft sind wir zufrieden.

Das Wertpapiergeschäft hatte im Vergleich zum Vorjahr einen deutlich größeren Anteil an der Geldvermögensbildung. Da im aktuellen Zinsumfeld mit bilanzwirksamen Anlageformen in der Regel kein Inflationsausgleich mehr erzielt werden kann, stieg die Bereitschaft zur Investition in Wertpapiere. Folglich erhöhte sich der Nettoabsatz im Rahmen unserer Erwartungen auf EUR 25,6 Mio. nach EUR 7,4 Mio. im Vorjahr. Der Schwerpunkt der Neuanlagen lag weiterhin bei den Investmentfonds.

Auch im Bauspargeschäft machte sich die Niedrigzinsphase bemerkbar. Hier gingen Anzahl (2.472) und Volumen (EUR 81,1 Mio.) der neu vermittelten Bausparverträge gegenüber dem jeweiligen Vorjahreswert (2.804/EUR 84,3 Mio.) zurück. Im Vergleich zu den Sparkassen unseres Verbandsgebietes ist unser Vermittlungsergebnis weiterhin überdurchschnittlich.

Der Absatz von Sach- und Lebensversicherungen konnte gesteigert werden. Insgesamt wurden 1.987 Lebensversicherungen mit einem bewerteten Beitragsvolumen von EUR 52,8 Mio. neu abgeschlossen. Im Kompositgeschäft wurden 2.204 Neuverträge vermittelt.

Weiterhin hoch war die Nachfrage nach Wohnimmobilien. Mit 191 vermittelten Objekten und Verkaufswerten von EUR 33,8 Mio. bewegen wir uns auch hier oberhalb des Vorjahresergebnisses.

Bei der Vermittlung von Leasingfinanzierungen erreichen wir seit Jahren eine hohe Potenzialaus-schöpfung. Hier werten wir das Neugeschäft des Jahres 2016 in Höhe von EUR 16,5 Mio. als ein erneut ansprechendes Ergebnis.

3.8. Investitionen

Durch weitere Investitionen in Raum und Technik haben wir innovative und kundenorientierte Rahmenbedingungen für die Kundenberatung geschaffen. Darüber hinaus haben wir die Aktualisierung unseres Selbstbedienungsangebotes fortgesetzt.

3.9. Personalbericht

Im Jahr 2016 beschäftigte unsere Sparkasse im Jahresdurchschnitt einschließlich der Aushilfen 774 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon 321 Teilzeitkräfte und 41 Auszubildende.

Mit der vielseitigen Ausbildung in mehreren Berufen werden wir der bildungspolitischen Verantwortung für unsere Region gerecht und schaffen eine wichtige Grundlage für die Gewinnung unserer zukünftigen Fachkräfte.

Auch im Jahr 2016 hat unsere Sparkasse das bestehende hohe Qualifikationsniveau in allen Unternehmensbereichen gesichert und weiter ausgebaut. So wurden rd. TEUR 230 in Aus- und Fortbildungsmaßnahmen investiert. Schwerpunkte bildeten neben den Schulungen und Coachings zur weiteren Stärkung der Beratungs- und Betreuungskompetenz verschiedene Maßnahmen zum Ausbau der digitalen Kompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Unsere Sparkasse ermöglicht den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine gute Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Darüber hinaus haben verschiedene Maßnahmen zur Gesundheitsförde-

rung im Rahmen des betrieblichen Gesundheitsmanagements großen Anklang gefunden.

4. Darstellung, Analyse und Beurteilung der Lage

4.1. Vermögenslage

Die zum Jahresende ausgewiesenen Gewinnrücklagen erhöhten sich durch die Zuführung des Bilanzgewinns 2015. Insgesamt weist die Sparkasse inklusive des Bilanzgewinns 2016 vor Gewinnverwendung ein Eigenkapital von EUR 205,8 Mio. (Vorjahr EUR 200,2 Mio.) aus. Neben den Gewinnrücklagen verfügt die Sparkasse über umfangreiche weitere Eigenkapitalbestandteile. So wurde der Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB durch eine zusätzliche Vorsorge von EUR 8,4 Mio. auf EUR 121,6 Mio. erhöht.

Die Eigenkapitalanforderungen der CRR wurden jederzeit eingehalten. Das Verhältnis der ange-rechneten Eigenmittel, bezogen auf die risiko-bezogenen Positionswerte (Adressenausfall-, operationelle, Markt- und CVA-Risiken) übertrifft am 31.12.2016 mit 14,3 % den vorgeschriebenen Mindestwert von 8,0 % gemäß CRR zuzüglich Kapitalerhaltungspuffer sowie Kapitalzuschlag für Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch gemäß Allgemeinverfügung der BaFin deutlich. Die Kernkapitalquote beträgt 13,8 %. Die Sparkasse weist damit eine angemessene Kapitalbasis für ein weiteres Geschäftswachstum auf.

4.2. Finanzlage

Die Zahlungsbereitschaft der Sparkasse war im abgelaufenen Geschäftsjahr aufgrund einer angemessenen Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben. Die Liquiditätskennziffer der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht wurde stets eingehalten.

Die Liquiditätskennziffer (31.12.2016: 3,3) lag im Berichtsjahr durchgängig über dem in der Risikostrategie festgelegten Mindestwert von 1,3. Die Liquidity Coverage Ratio (LCR) weist einen Wert von 161,1 aus. Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften wurden Guthaben bei der Deutschen Bundesbank geführt. Die Kreditlinien bei der Helaba wurden teilweise in

Anspruch genommen. Ein Spitzenausgleich erfolgte durch Tagesgeldaufnahmen bei Kreditinstituten aus der Sparkassen-Finanzgruppe. Das Angebot der Deutschen Bundesbank, Refinanzierungsgeschäfte in Form von Offenmarktgeschäften abzuschließen, wurde in 2016 in einem Umfang von EUR 100 Mio. genutzt.

4.3. Ertragslage

Die wesentlichen Erfolgskomponenten der Gewinn- und Verlustrechnung laut Jahresabschluss sind in der folgenden Tabelle aufgeführt. Die Erträge und Aufwendungen sind nicht um periodenfremde und außergewöhnliche Posten bereinigt.

	2016	2015	Veränderung	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	%
Zinsüberschuss	63,5	64,5	-1,0	-1,6
Provisionsüberschuss	28,2	26,4	1,8	6,8
Nettoergebnis des Handelsbestands	0,0	0,0	0,0	-
Sonstige betriebliche Erträge	1,5	8,3	-6,8	-81,9
Personalaufwand	45,6	46,1	-0,5	-1,1
Anderer Verwaltungsaufwand	16,4	16,4	0,0	-
Sonstige betriebliche Aufwendungen	5,0	5,5	-0,5	-9,1
Ergebnis vor Bewertung und Risikovorsorge	26,3	31,3	-5,0	-16,0
Aufwand aus Bewertung und Risikovorsorge	4,4	15,8	-11,4	-72,2
Zuführungen Fonds für allgemeine Bankrisiken	8,4	8,8	-0,4	-4,5
Ergebnis vor Steuern	13,5	6,7	6,8	101,5
Steueraufwand	7,9	1,2	6,7	558,3
Jahresüberschuss	5,6	5,5	0,1	1,8

Zinsüberschuss:

GuV-Posten Nr. 1 bis 4

Provisionsüberschuss:

GuV-Posten Nr. 5 und 6

Sonstige betriebliche Erträge:

GuV-Posten Nr. 8 und 20

Sonstige betriebliche Aufwendungen:

GuV-Posten Nr. 11, 12, 17 und 21

Aufwand aus Bewertung und Risikovorsorge:

GuV-Posten Nr. 13 bis 16

Die Gewinn- und Verlustrechnung des Jahres 2016 schließt mit einem leicht verbesserten Jahresüberschuss von EUR 5,6 Mio. Bei dem weiteren Ergebnisvergleich laut Tabelle ist zu berücksichtigen, dass das Jahr 2015 maßgeblich durch Steuererstattungen infolge einer Berichtigungsveranlagung für Vorjahre beeinflusst war. Dies drückte sich in höheren sonstigen betrieblichen Erträgen und geringeren Steueraufwendungen aus. In Folge dessen war auch eine höhere Aufstockung der Risikovorsorge möglich.

Negative Zinsen haben das Zinsergebnis des Jahres 2016 nicht wesentlich beeinflusst.

Zur Analyse der Ertragslage wird für interne Zwecke und für den überbetrieblichen Vergleich der bundeseinheitliche Betriebsvergleich der Sparkassenorganisation eingesetzt. Zur Ermittlung eines Betriebsergebnisses vor Bewertung werden hier die Erträge und Aufwendungen um periodenfremde und außergewöhnliche Posten bereinigt, die in der internen Darstellung dem neutralen Ergebnis zugerechnet werden.

Auf dieser Basis beträgt das Betriebsergebnis vor Bewertung 1,08 % (Vorjahr 1,04 %) der durchschnittlichen Bilanzsumme (DBS) des Jahres 2016. Der Ergebnisanstieg gegenüber dem Vorjahr ist auf Verbesserungen beim Zins- und beim Provisionsüberschuss sowie auf geringere Personal- und Sachaufwendungen zurückzuführen. Das erzielte Betriebsergebnis vor Bewertung liegt über dem Planwert von 1,05 % der DBS. Der Durchschnittswert der Sparkassen im Verbandsgebiet des SVWL beträgt 1,02 %. Die auf Basis der Betriebsvergleichswerte zur Unternehmenssteuerung eingesetzte Zielgröße Cost-Income-Ratio (Verhältnis von Aufwendungen und Erträgen) entwickelte sich besser als geplant und reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr von 63,7 % auf 61,0 %.

Der Zinsüberschuss erhöhte sich auf der Grundlage des Betriebsvergleichs erwartungsgemäß um EUR 1,5 Mio. auf EUR 74,0 Mio. Er beträgt damit 2,01 % der DBS. Abweichend zur vorstehenden Darstellung des Zinsüberschusses in der Gewinn- und Verlustrechnung werden im Betriebsvergleich die im Jahr 2016 angefallenen einmaligen Zinsaufwendungen

für die vorzeitige Auflösung von Zinsswaps dem neutralen Ergebnis zugerechnet (EUR 15,7 Mio.).

Der Provisionsüberschuss lag bei EUR 28,2 Mio. und konnte im Vergleich zum Vorjahr um EUR 1,8 Mio. gesteigert werden. Er entwickelte sich damit im Rahmen unserer Erwartungen. Maßgeblichen Anteil an der Erhöhung gegenüber dem Vorjahr hatte die Anpassung unserer Preismodelle im Giroverkehr.

Die Personalaufwendungen blieben nach den Werten des Betriebsvergleichs mit EUR 43,4 Mio. nahezu konstant. In Relation zur DBS ist damit eine Senkung von 1,26 % auf 1,18 % verbunden. Bei der Entwicklung des Personalaufwandes im Jahr 2016 ist eine Änderung im Ausweis bezüglich der Bildung/Anpassung von Pensionsrückstellungen zu berücksichtigen. Ohne diesen Effekt wäre der Personalaufwand im Jahr 2016 um etwa EUR 1,1 Mio. bzw. 0,03 % der DBS höher ausgefallen.

Die Sachaufwendungen sind von EUR 19,6 Mio. auf EUR 19,2 Mio. zurückgegangen und entwickelten sich damit besser als geplant. In Relation zur DBS entspricht dies einem Rückgang von 0,57 % auf 0,52 %. Unsere Verwaltungsaufwendungen haben sich damit insgesamt besser entwickelt als geplant.

Die Abschreibungen und Wertberichtigungen nach Verrechnung mit Erträgen (Bewertung und Risikovorsorge) werden in Höhe von EUR 4,4 Mio. ausgewiesen. Sie entfallen im Wesentlichen auf eine Abschreibung auf unsere Beteiligung am SVWL. Das Bewertungsergebnis aus dem Kreditgeschäft war leicht positiv. Die Bewertungsmaßnahmen für unsere Eigenanlagen bewegten sich im Rahmen der Erwartungen. Der Fonds für allgemeine Bankrisiken wurde mit weiteren EUR 8,4 Mio. dotiert. Der Jahresüberschuss betrug EUR 5,6 Mio.

Die Kapitalrendite, berechnet als Quotient aus Nettogewinn (Jahresüberschuss) und Bilanzsumme, betrug im Geschäftsjahr 2016 0,15 %.

Insgesamt sind wir mit dem Geschäftsverlauf im Jahr 2016 gut zufrieden. Unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen wird die Entwicklung positiv beurteilt.

C. Nachtragsbericht

Die Nachtragsberichterstattung erfolgt gemäß § 285 Nr. 33 HGB im Anhang.

D. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

1. Ziele und Strategien des Risikomanagements

Unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit wurde vom Vorstand eine risikoneutrale Positionierung verankert. Danach sind Risiken nachhaltig und dynamisch so zu steuern, dass bei einem günstigen und vertretbaren Chancen-/Risikoprofil Ertragspotenziale aktiv genutzt werden.

Zur Risikosteuerung besteht ein umfassendes Risikomanagementsystem. Der Vorstand hat in der Geschäfts- und Risikostrategie die Rahmengesamtheitsätze des Risikomanagements und die risikopolitische Ausrichtung der Sparkasse im Rahmen eines festgelegten Strategieprozesses überprüft und den aktuellen Rahmenbedingungen angepasst. Für die bedeutendsten Risikokategorien der Sparkasse, Adressenausfallrisiken, Marktpreisrisiken, operationelle Risiken und Liquiditätsrisiken, wurden die strategischen Vorgaben überprüft und teilweise aktualisiert. Alle Geschäftsbereiche verfolgen die Zielsetzung, bei den eingegangenen Risiken die Wahrscheinlichkeit der Realisation eines Vermögensverlustes zu minimieren. Dies wird durch frühzeitiges Erkennen von Gefahrensituationen und rechtzeitige Gegenmaßnahmen sichergestellt. Das Risikomanagementsystem wird laufend weiterentwickelt.

Aus der Risikodeckungsmasse wird ein Risikobudget zur Abdeckung der potenziellen Risiken bereitgestellt. Die eingegangenen Einzelrisiken werden im Rahmen der GuV-orientierten Risikotragfähigkeitsrechnung dem Risikobudget gegenübergestellt und eine Auslastungsquote ermittelt. Die Gesamtsumme der Einzelrisiken ist auf die Höhe des Risikobudgets limitiert und wird ebenso wie die Risikodeckungsmasse laufend überprüft. Begrenzt werden die eingegangenen Risiken durch den Umfang des bereitgestellten

Risikodeckungspotenzials und des hieraus abgeleiteten gesamten Risikolimits.

Darüber hinaus werden aus dem Risikobudget Einzellimite für einzelne Risikoarten bzw. -gruppen in der Risikotragfähigkeit abgeleitet.

Daneben existieren für einzelne Risiken ergänzende Risiko- und Volumenlimite. Der Verwaltungsrat der Sparkasse nimmt die Entwicklung der Risikolage regelmäßig zur Kenntnis.

Gemäß den Anforderungen der MaRisk wird das Risikotragfähigkeitskonzept um einen zukunftsgerichteten Kapitalplanungsprozess ergänzt. Damit ist die frühzeitige Identifikation eines zusätzlichen Kapitalbedarfs (im Sinne des Risikodeckungspotenzials) möglich, der sich über den Risikobetrachtungshorizont hinaus zur Deckung künftiger Risiken ergeben könnte. Die frühzeitige Einleitung eventuell erforderlicher Maßnahmen ist damit möglich. Beim Kapitalplanungsprozess handelt es sich nicht um eine erweiterte Risikotragfähigkeitsbetrachtung im engeren Sinne.

2. Risikomanagementsystem

Zur Identifizierung, Bewertung und Steuerung der Risiken hat der Vorstand ein Risikomanagement- und -überwachungssystem eingerichtet. Das vorrangige Ziel des Risikomanagementprozesses besteht darin, mögliche Risiken transparent und damit steuerbar zu machen. Das Risikomanagement umfasst die Verfahren zur Identifizierung und Bewertung der Risiken, die Festlegung von geeigneten Steuerungsmaßnahmen sowie die notwendigen Kontrollprozesse. Unter dem Begriff „Risiko“ wird dabei eine Verlust- oder Schadensgefahr für die Sparkasse verstanden, die entsteht, wenn eine erwartete künftige Entwicklung ungünstiger verläuft als geplant oder sogar

existenzbedrohend wird. Die Verringerung oder das vollständige Ausbleiben einer Chance zur Erhöhung der Erträge oder des Sparkassenvermögens wird nicht als Risiko angesehen. Bei der Betrachtung der Risiken nimmt die Sparkasse eine Nettobetrachtung vor. Das Risikomanagementsystem ist Bestandteil einer ordnungsgemäßen Geschäftsorganisation gemäß § 25a Abs. 1 KWG und dient dem Vorstand, Verwaltungsrat sowie dem Risikoausschuss zur Überwachung der Risiken aus der geschäftlichen Tätigkeit der Sparkasse.

Für alle risikorelevanten Geschäfte ist die in den MaRisk geforderte Funktionstrennung bis in die Ebene des Vorstands zwischen Handel/Markt einerseits und Abwicklung, Kontrolle und Risikocontrolling/Marktfolge andererseits festgelegt. Risikobehaftete Geschäfte werden nur getätigt, sofern deren Risikogehalt von allen damit befassten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern beurteilt werden kann. Bevor Geschäfte mit neuen Produkten oder auf neuen Märkten regelmäßig abgeschlossen werden, ist das Risikopotenzial dieser Geschäfte zu bewerten und ggf. eine Testphase vorzuschalten. Außerdem sind die für die Abwicklung notwendigen Prozesse in Arbeitsanweisungen festzulegen. Die Interne Revision prüft in regelmäßigen Abständen das Risikomanagementsystem. Zielsetzung der Prüfungen ist insbesondere die ordnungsgemäße Handhabung der festgelegten Regelungen sowie die Feststellung von Schwachstellen im Risikomanagementsystem und die Überwachung der Umsetzung notwendiger Anpassungen.

Gemäß den MaRisk hat jedes Institut über eine Risikocontrolling-Funktion zu verfügen, die für die unabhängige Überwachung und Kommunikation der Risiken zuständig ist. Der Vorstand hat die Risikocontrolling-Funktion dem Leiter des Bereichs Gesamtbanksteuerung übertragen und ihm

die in den MaRisk geforderten Befugnisse eingeräumt und Aufgaben übertragen.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates kann unmittelbar beim Leiter der Risikocontrolling-Funktion Auskünfte einholen. Der Leiter der Risikocontrolling-Funktion hat den Vorstand hierüber zu unterrichten.

In der Sparkasse ist eine Compliance-Funktion gemäß MaRisk eingerichtet, deren Aufgaben von einer Mitarbeiterin der Rechtsberatung des Bereiches Vorstandsstab wahrgenommen werden. Die Compliance-Beauftragte ist in ihrer Funktion unmittelbar dem Vorstand unterstellt und ihm gegenüber berichtspflichtig.

3. Risikomanagementprozess

Aus dem Gesamtsystem hat unser Haus einen Managementprozess zur Erkennung und Bewertung von Risiken (strategische, jährliche Risikoinventur) sowie zur Messung, Steuerung und Kontrolle von Risiken (operative, dauerhafte Tätigkeiten) abgeleitet. Anhand von Risikoindikatoren erfolgen eine systematische Ermittlung der Risiken sowie deren Einordnung in einen Risikokatalog. Die Risikomessung erfolgt für die in die Risikotragfähigkeitsrechnung einbezogenen wesentlichen Risiken in einer periodischen Sichtweise. Dabei werden die Risiken danach gemessen, ob und in welcher Höhe ihr Eintritt Auswirkungen auf den Jahresüberschuss der Sparkasse hat.

Die Ermittlung der Risiken erfolgt auf den Planungshorizont von jeweils einem Jahr. Als Risiko wird eine negative Abweichung von den Planwerten verstanden. Das Risikotragfähigkeitskonzept folgt einem Going-Concern-Ansatz. In diesem Zusammenhang werden die aufsichtsrechtlich vorgegebenen Relationen als strenge Nebenbe-

dingung regelmäßig ermittelt und überwacht. Unter Berücksichtigung der laufenden Ergebnisprognose sowie der vorhandenen Reserven wird ein Risikobudget festgelegt. Auf das Risikobudget werden alle wesentlichen Risiken der Sparkasse angerechnet. Mit dieser Betrachtung wird gewährleistet, dass die Auslastung des Risikobudgets jederzeit aus dem handelsrechtlichen Ergebnis der Sparkasse getragen werden kann. Neben der Risikotragfähigkeitsrechnung werden regelmäßig Stressszenarien berechnet, bei denen die Anfälligkeit der Sparkasse gegenüber unwahrscheinlichen, aber plausiblen Ereignissen analysiert wird. Dabei wird auch das Szenario eines schweren konjunkturellen Abschwungs analysiert sowie ein inverser Stresstest durchgeführt. Die Stresstests berücksichtigen auch Risikokonzentrationen innerhalb (Intra-Risikokonzentrationen) und zwischen einzelnen Risikoarten (Inter-Risikokonzentrationen). Diversifikationseffekte, die das Gesamtrisiko mindern würden, werden grundsätzlich nicht berücksichtigt. Die zur Steuerung bzw. Verringerung von Risiken einzusetzenden Instrumente sind vom Vorstand festgelegt worden. Die Bearbeitungs- und Kontrollprozesse sind umfassend in Arbeitsanweisungen beschrieben. Die durchgeführten Maßnahmen zur Steuerung bzw. Verringerung der Risiken werden regelmäßig überprüft. Verbesserungsmöglichkeiten fließen in den Risikomanagementprozess ein.

Die Interne Revision gewährleistet die unabhängige Prüfung und Beurteilung sämtlicher Aktivitäten und Prozesse der Sparkasse sowie von ihr ausgelagerter Bereiche. Sie achtet dabei insbesondere auf die Angemessenheit und Wirksamkeit des Risikomanagements und berichtet unmittelbar dem Vorstand.

Über die eingegangenen Risiken wird dem Gesamtvorstand und dem Verwaltungsrat der

Sparkasse regelmäßig schriftlich im Rahmen eines vierteljährlichen Risikogesamtberichts und unter Beachtung der aufsichtsrechtlichen Vorgaben durch die MaRisk berichtet. Eine Ad-hoc-Berichterstattung ist bei Risikoereignissen von wesentlicher Bedeutung vorgesehen.

Der Risikogesamtbericht enthält neben einer zusammenfassenden Beurteilung der Risiko- und Ertragssituation auch Angaben zu Limitauslastungen über ein Ampelsystem. Dadurch kann zeitnah die Einhaltung der durch die Geschäfts- und Risikostrategie vorgegebenen Regelungen überprüft werden. Die Berichterstattung enthält darüber hinaus auch die Auswirkungen von Stresseinflüssen auf die Risikosituation der Sparkasse. Ferner wird über erkannte Risikokonzentrationen berichtet. Über die im Risikogesamtbericht getroffenen Handlungsempfehlungen zur Steuerung und Verringerung der Risiken entscheidet der Gesamtvorstand.

4. Aufgabenzuordnung im Rahmen des Risikomanagementsystems

Für alle Teilschritte des Risikomanagements sind Verantwortlichkeiten festgelegt worden. Die Ergebnisse der Risikoinventur werden zentral durch den Beauftragten für die Risikocontrolling-Funktion überprüft. Zu seinen Aufgaben gehören die Analyse und Quantifizierung der Risiken, die Überwachung der Einhaltung der vom Vorstand festgelegten Limite und die Risikoberichterstattung. Er ist auch für die Fortentwicklung des Risikomanagementsystems und die Abstimmung der gesamten Aktivitäten im Risikomanagement verantwortlich. Das Risikomanagementsystem ist in einem Risikohandbuch dokumentiert.

Als wesentliche Risiken wurden die Adressenausfallrisiken, die Marktpreisrisiken, die Liquiditätsrisiken und die operationellen Risiken klassifiziert.

5. Strukturierte Darstellung der wesentlichen Risikoarten

5.1. Adressenausfallrisiken im Kundenkreditgeschäft

Unter dem Adressenausfallrisiko im Kreditgeschäft verstehen wir die Gefahr, dass ein Kreditnehmer die ihm gewährten Kredite nicht bzw. nur eingeschränkt oder nicht vollständig vertragsgemäß zurückzahlen kann oder will. Zur Steuerung der Adressenausfallrisiken aus dem Kundenkreditgeschäft hat der Vorstand eine risikopolitische Ausrichtung in der Geschäfts- und Risikostrategie und gesonderten Leitlinien für das Firmen- und das Privatkundengeschäft festgelegt,

die jährlich überprüft werden. Im Rahmen dieser Vorgaben wurden Ziele verankert, die schwerpunktmäßig Bonitätsbegrenzungen und Strukturvorgaben für das Kreditneugeschäft betreffen. Grundlage jeder Kreditentscheidung ist eine detaillierte Bonitätsbeurteilung der Kreditnehmer. Im risikorelevanten Kreditgeschäft gemäß MaRisk ist ein zweites Kreditvotum durch den vom Markt unabhängigen Marktfolgebereich notwendig.

Das auf der Grundlage der internen Risikoberichterstattung ermittelte Kundenkreditvolumen zeigt eine ausgewogene Verteilung auf die Kundengruppen. Gegenüber dem Vorjahr haben sich die Anteile nur unwesentlich verändert.

Kundenkreditvolumen (einschließlich nicht in Anspruch genommener Kreditzusagen und außerbilanzieller Geschäfte)	in Mio. EUR	
	31.12.2016	31.12.2015
Unternehmen	1.711,7	1.603,3
Privatkunden	1.892,5	1.825,0
Öffentliche Haushalte	122,2	123,6
Sonstige	4,6	3,5
Gesamt	3.731,0	3.555,4

Die Grenze nach Artikel 395 Absatz 1 CRR (Großkredit-Obergrenze) wurde im gesamten Berichtsjahr 2016 nicht überschritten.

Die Größenklassenstruktur des Kundenkreditgeschäfts nach Wirtschaftsverbänden zeigt insgesamt eine breite Streuung des Ausleihgeschäfts.

Größenklasse	1	2	3	4
in Mio. EUR	bis 1,0	1,0 bis 5,0	5,0 bis 10,0	ab 10,0
Volumen in %	63,7	19,5	7,6	9,2

Die regionale Wirtschaftsstruktur spiegelt sich im Kreditgeschäft der Sparkasse wider. Die Schwerpunkte im Unternehmenskundengeschäft mit den höchsten Anteilen am gesamten Kundenkreditvolumen liegen im Grundstücks- und Wohnungswesen (9,3 %), im KFZ-Gewerbe (6,1 %), im Verarbeitenden Gewerbe (5,5 %) und in der Energieversorgung (5,4 %). Bemerkenswerte Risikokonzentrationen in Branchen sind nicht erkennbar.

Die Leitlinien zum Kreditgeschäft sind ausgerichtet auf Kreditnehmer mit guten Bonitäten bzw. geringeren Ausfallwahrscheinlichkeiten. Dies wird durch die Neugeschäftsplanung unterstützt. Die Struktur des gerateten Kundenkreditgeschäfts auf Einzelkundenbasis stellt sich wie folgt dar:

Ratingklasse	Volumen in %
1 bis 5	71,3
6 bis 9	19,8
10 bis 15	6,9
16 bis 18	2,0

Die Ratingnoten basieren auf der DSGVO-Masterskala. Die Note 1 stellt dabei die bestmögliche Note dar. Ab der Note 16 beginnen die Ausfallkategorien.

Für die Risikoklassifizierung setzen wir die von der Sparkassen-Finanzgruppe entwickelten Rating- und Scoringverfahren ein. Mit diesen Verfahren werden die einzelnen Kreditnehmer zur Preisfindung und zur Steuerung des Gesamtkreditportfolios entsprechend ihren individuellen Ausfallwahrscheinlichkeiten einzelnen Risikoklassen zugeordnet. Auf dieser Basis ermittelt die Sparkasse die Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft. Die Abschirmung der Adressenausfallrisiken ist im Rahmen unserer Risikotragfähigkeitsrechnung durch das zugewiesene Risikodeckungspotenzial sichergestellt.

Zur Steuerung des Gesamtkreditportfolios werden die gerateten Kreditnehmer einzelnen Risikoklassen zugeordnet. Das Gesamtrisiko unseres Kreditportfolios wird auf der Grundlage der Risikoklassifizierungsverfahren ermittelt. Den einzelnen Risikoklassen werden jeweils vom DSGVO validierte Ausfallwahrscheinlichkeiten zugeordnet.

Die Verlustverteilung des Kreditportfolios wird in einen „erwarteten Verlust“ und einen „unerwarteten Verlust“ unterteilt. Der „erwartete Verlust“ als statistischer Erwartungswert wird im Rahmen der Kalkulation als Risikoprämie in Abhängigkeit von der ermittelten Ratingstufe und den Sicherheiten berücksichtigt. Der „unerwartete Verlust“ (ausgedrückt als Value-at-Risk) spiegelt die möglichen Verluste wider, die unter Berücksichtigung eines Konfidenzniveaus von 99 % innerhalb der nächsten zwölf Monate voraussichtlich nicht überschritten werden. Mit Hilfe dieser Informationen werden auch die Veränderungen des Kreditportfolios analysiert.

Konzentrationen bestehen im Kreditportfolio im Bereich der Kreditsicherheiten in Form von Grundpfandrechten. Bei der Bewertung legen wir vorsichtige Maßstäbe an, sodass sich in Verbindung mit der guten Ortskenntnis nur überschaubare Bewertungsrisiken ergeben. Diese Konzentration ist systembedingt und damit strategiekonform. Insgesamt ist unser Kreditportfolio sowohl nach Branchen und Größenklassen als auch nach Rating-

gruppen gut diversifiziert. Die Adressenausfallrisiken entwickelten sich im Jahr 2016 recht konstant. Das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft fiel besser aus als geplant.

Zur frühzeitigen Identifizierung der Kreditnehmer, bei deren Engagements sich erhöhte Risiken abzeichnen beginnen, setzen wir ein dv-gestütztes Verfahren ein. Im Rahmen dieses Verfahrens sind quantitative und qualitative Indikatoren festgelegt worden, die eine Früherkennung von Kreditrisiken ermöglichen.

Soweit einzelne Kreditengagements festgelegte Kriterien aufweisen, die auf erhöhte Risiken hindeuten, werden diese Kreditengagements einer gesonderten Beobachtung unterzogen (Intensivbetreuung). Kritische Kreditengagements werden von spezialisierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf der Grundlage eines Sanierungs- bzw. Abwicklungskonzeptes betreut (Problemkredite). Risikovorsorgemaßnahmen sind für alle Engagements vorgesehen, bei denen nach umfassender Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Kreditnehmer davon ausgegangen werden kann, dass es voraussichtlich nicht mehr möglich sein wird, alle fälligen Zins- und Tilgungszahlungen gemäß den vertraglich vereinbarten Kreditbedingungen zu vereinnahmen. Bei der Bemessung der Risikovorsorgemaßnahmen werden die voraussichtlichen Realisationswerte der gestellten Sicherheiten berücksichtigt. Der Vorstand wird vierteljährlich über die Entwicklung der Strukturmerkmale des Kreditportfolios, die Einhaltung der Limite und die Entwicklung der notwendigen Vorsorgemaßnahmen für Einzelrisiken schriftlich unterrichtet. Eine Ad-hoc-Berichterstattung ergänzt bei Bedarf das standardisierte Verfahren. Die Kreditstruktur und ihre Entwicklung im Jahr 2016 entsprechen der vom Vorstand vorgegebenen neutralen Risikopositionierung.

Der Bestand der Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen hat sich im Jahr 2016 von EUR 24,2 Mio. auf EUR 17,9 Mio. verringert. Von dem Gesamtbetrag entfällt der überwiegende Teil auf Unternehmen und wirtschaftlich selbständige Personen. Der Anteil von Forderungen in Verzug (ohne Wertberichtigungen) außerhalb Deutschlands ist von untergeordneter Bedeutung. Der Bestand der Pauschalwertberichtigungen wurde geringfügig aufgestockt.

Die Angemessenheit der spezifischen Kreditrisikoanpassungen wird regelmäßig überprüft und fortgeschrieben. Eine Auflösung der spezifischen Kreditrisikoanpassungen erfolgt bei nachhaltiger Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Kreditnehmers, d. h. wenn die Kapitaldienstfähigkeit wieder erkennbar ist, oder wenn die Kreditrückführung aus vorhandenen Sicherheiten möglich ist.

Für latente Ausfallrisiken bildet die Sparkasse Pauschalwertberichtigungen. Darüber hinaus bestehen allgemeine Kreditrisikoanpassungen in Form von Vorsorgereserven für allgemeine Bankrisiken nach § 340f HGB und § 26a KWG a. F.

Berechnungsweisen sowie die Prozesse zur Genehmigung der Risikovorsorge sind in den Organisationsrichtlinien der Sparkasse geregelt.

Die Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft bewegten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr innerhalb der vorgegebenen und auf die Risikotragfähigkeit der Sparkasse abgestimmten Grenzen. Im Hinblick auf den geringen Umfang der Auslandskredite ist das Länderrisiko aus dem Kundenkreditgeschäft, welches sich aus unsicheren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen eines anderen Landes ergeben kann, ohne größere Bedeutung.

5.2. Adressenausfallrisiken der Beteiligungen

Unter dem Adressenausfallrisiko aus Beteiligungen verstehen wir die Gefahr einer Minderung des Unternehmenswertes. Für die Beteiligungen hat der Vorstand eine risikopolitische Ausrichtung in der Geschäfts- und Risikostrategie und einer gesonderten Leitlinie festgelegt. Die Adressenausfallrisiken der Beteiligungen werden gesondert untersucht. Zur Überwachung der wirtschaftlichen Entwicklung der Beteiligungsunternehmen werden jährlich die Jahresabschlüsse ausgewertet und beurteilt. Die Risiken aus Beteiligungen beziehen wir in unser Risikomanagement ein.

Unser Beteiligungsvermögen besteht im Wesentlichen aus der Beteiligung am SVWL. Die übrigen Beteiligungen sind von untergeordneter Bedeutung.

Eine Beteiligungskonzentration besteht somit hinsichtlich des SVWL / der Sparkassen-Finanzgruppe. Diese Konzentration ergibt sich als Folge der Mitgliedschaft in der Sparkassenorganisation. Zu berücksichtigen sind dabei auch der Haftungsverbund und unsere Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften mit Kreditinstituten aus der Sparkassen-Finanzgruppe.

Aus der Beteiligung am SVWL resultieren Risiken hinsichtlich der weiteren Wertentwicklungen der Beteiligungen des SVWL, die wir in unser Risikomanagement einbeziehen. Außerdem haftet die Sparkasse entsprechend ihrem Anteil am Stammkapital des SVWL für unerwartete Risiken aus dem Auslagerungsportfolio „Erste Abwicklungsanstalt“ (EAA), in das strategisch nicht notwendige Vermögenswerte der ehemaligen WestLB AG zwecks Abwicklung übertragen wurden. Der Buchwert unserer Beteiligung am SVWL hat sich im Vergleich zum Vorjahr erhöht. Der Veränderung liegen eine Erhöhung des Stammkapitals sowie eine Abschreibung zum Jahresende zu Grunde.

5.3. Adressenausfallrisiken und Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften

Handelsgeschäfte im Sinne der MaRisk betreiben wir in Form von Geldmarkt-, Wertpapier- und Devisengeschäften sowie Geschäften in Derivaten. Geschäfte mit der Zielsetzung der kurzfristigen Gewinnerzielung (= Handel im engeren Sinne) werden nicht getätigt.

5.3.1. Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften

Unter dem Adressenausfallrisiko aus Handelsgeschäften verstehen wir die Gefahr von Bonitätsverschlechterungen oder den Ausfall eines Emittenten, Kontrahenten oder eines Referenzschuldners. Für die Limitierung des Adressenausfallrisikos aus Eigenanlagegeschäften setzt die Sparkasse individuelle Emittentenlimite fest, die auch nicht bilanzwirksame Zahlungsansprüche (z. B. derivative Finanzinstrumente) einschließen. Hierbei werden externe Ratings und die damit verbundenen Ausfallwahrscheinlichkeiten berücksichtigt.

Der Bestand der Wertpapiere entfällt auf Schuldverschreibungen und einen Wertpapierspezialfonds. Die direkt gehaltenen Schuldverschreibungen weisen grundsätzlich ein Rating aus dem Investmentgradebereich auf. Nur die enthaltene Sparkassen-Kreditbasket-Transaktion über nominell EUR 4,0 Mio. ist nicht geratet. Die Steuerung des Spezialfonds erfolgt über die Vorgabe von Rahmenbedingungen und einer Benchmarkstruktur (= Festlegung der möglichen Anlageklassen). Zum 31.12.2016 waren EUR 115,5 Mio. des Fondvermögens in geratete verzinsliche Wertpapiere investiert. Der übrige Anteil entfiel auf Aktien, Fondsanlagen und Liquidität.

Ratingstruktur der direkt und im Wertpapierspezialfonds gehaltenen verzinslichen Wertpapiere:

Bonität	Moody´s	Standard & Poor´s	auf Basis von Tageswerten 31.12.2016 in %	auf Basis von Tageswerten 31.12.2015 in %
exzellent, praktisch kein Ausfallrisiko	Aaa	AAA	15,0	10,8
sehr gut bis gut	Aa1 – Aa3	AA+ – AA-	13,0	8,0
gut bis befriedigend	A1 – A3	A+ – A-	33,5	46,8
befriedigend bis ausreichend	Baa1 – Baa3	BBB+ – BBB-	25,1	18,2
Mangelhaft, anfällig für Zahlungsverzug	Ba1 – Ba3	BB+ – BB-	5,9	7,1
Mangelhaft, stark anfällig für Zahlungsverzug	B1 – B3	B+ – B-	6,2	8,5
Zahlungsverzug	Caa1 – D	CCC+ – D	0,5	0,6
ohne Rating			0,8	0,0
			100,0	100,0

Den Ausfallrisiken von Titeln mit schwächeren Ratings im Wertpapierspezialfonds wird mit einer starken Streuung und einem Management durch Spezialisten begegnet.

Eine Konzentration besteht hinsichtlich der Forderungen und der Wertpapiere an Kreditinstitute der Sparkassen-Finanzgruppe. Diese Konzentration ergibt sich als Folge der Mitgliedschaft in der Sparkassenorganisation. Zu berücksichtigen sind dabei auch der Haftungsverbund sowie unser Beteiligungsvermögen, das fast in Gänze auf die Sparkassenorganisation entfällt.

Zum 31.12.2016 beträgt der Buchwert unserer Finanzanlagen in Staatsanleihen der PIIGS-Staaten insgesamt EUR 39,0 Mio. Davon entfallen auf Italien EUR 14,6 Mio., auf Spanien EUR 14,2 Mio. und auf Irland EUR 10,2 Mio. Anleihen von Kreditinstituten und Unternehmen aus Italien, Spanien, Irland und Portugal wurden mit einem Kurswert von EUR 12,8 Mio. gehalten.

Direkt und im Wertpapierspezialfonds gehaltene verzinsliche Wertpapiere, gegliedert nach Emissionsgebiet sowie Ratingstruktur der ausländischen Wertpapiere:

Länderrisiko	Länderrating Moody's	Länderrating Standard & Poor's	auf Basis von Tages- werten 31.12.2016 in %	auf Basis von Tages- werten 31.12.2015 in %
Inländische Emittenten			70,0	59,3
Ausländische Emittenten				
exzellent, praktisch kein Ausfallrisiko	Aaa	AAA	7,9	10,2
sehr gut bis gut	Aa1 – Aa3	AA+ – AA-	8,0	10,6
gut bis befriedigend	A1 – A3	A+ – A-	2,4	5,4
befriedigend bis ausreichend	Baa1 – Baa3	BBB+ – BBB-	10,7	13,3
Mangelhaft, anfällig für Zahlungsverzug	Ba1 – Ba3	BB+ – BB-	0,5	0,7
Mangelhaft, stark anfällig für Zahlungsverzug	B1 – B3	B+ – B-	0,0	0,0
Zahlungsverzug	Caa1 – D	CCC+ – D	0,0	0,0
ohne Rating			0,5	0,5
			100,0	100,0

Die Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften bewegten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr innerhalb der vorgegebenen und auf die Risikotragfähigkeit der Sparkasse abgestimmten Grenzen. Im Hinblick auf die insgesamt breite Streuung und die Struktur der Länderratings der Wertpapiere von Emittenten mit Sitz im Ausland ist das Länderrisiko aus dem Handelsgeschäft vertretbar.

5.3.2. Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften

Marktpreisrisiken ergeben sich aus Veränderungen der Marktpreise von z. B. Wertpapieren, Währungen, Immobilien und Rohstoffen sowie aus Schwankungen der Zinssätze.

Der Bestand der bilanzwirksamen Handelsgeschäfte hat sich zum Bilanzstichtag wie folgt entwickelt:

Anlagekategorie	Buchwerte	
	31.12.2016 Mio. EUR	31.12.2015 Mio. EUR
1) Tages- und Termingelder	20,0	0,0
2) Schuldverschreibungen und Anleihen	415,8	250,4
3) Wertpapierspezialfonds	261,0	250,6
	696,8	501,0

Zur Begrenzung der Marktpreisrisiken aus den bewertungsrelevanten Handelsgeschäften (Positionen 2 und 3) wird eine tägliche Bewertung zu Marktpreisen (Mark-to-Market) durchgeführt und die erzielten Handelsergebnisse werden bestimmt. Zusätzlich wird das potenzielle Verlustrisiko über ein individuell vorgegebenes Marktpreisszenario ermittelt. Die hierbei angewandten Risikoparameter werden mindestens jährlich einem Backtesting unterzogen, um deren Vorhersagekraft einschätzen zu können.

Die Überwachung des Marktpreisrisikos wird vom Risikocontrolling mit Hilfe des Systems SimCorp Dimension unter strenger Beachtung der Funktionstrennung zum Handel wahrgenommen. Es wird täglich geprüft, ob sich die Adressenausfall- und Marktpreisrisiken innerhalb der vorgegebenen handelsrechtlichen Limite bewegen. Darüber hinaus sind in der Risikotragfähigkeitsrechnung Einzellimite für die Adressenausfall- und Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften als Teilbetrag des gesamten Risikobudgets vergeben. Bei Überschreitung von

Limiten bzw. der vordefinierten Frühwarngrenzen ist vorgesehen, dass der Gesamtvorstand über Maßnahmen zur Verringerung der Marktpreisrisiken entscheidet. Im Rahmen der Risikotragfähigkeitsberechnung erfolgt die Messung der Marktpreisrisiken ebenfalls auf der Grundlage eines individuell vorgegebenen Marktpreisszenarios. Dieses beinhaltet – unter Berücksichtigung einer Durchschau im Spezialfonds – einen Zinsanstieg, ratingabhängige Spreadveränderungen und Aktienkursrückgänge. Die hierfür zu Grunde gelegten Parameter beruhen auf einer Vergangenheitsbetrachtung, die es erlaubt, den Risikokurs anzugeben, der mit einer Wahrscheinlichkeit von 99 % bei einer Haltedauer von 63 Handelstagen nicht unterschritten wird.

Der Vorstand wird vom Risikocontrolling mindestens monatlich über die Risiko- und Ertragslage der Handelsgeschäfte informiert. Die Wertveränderungen aus Marktpreisrisiken bewegten sich unter den von uns vorgegebenen und auf die Risikotragfähigkeit der Sparkasse abgestimmten Limiten.

5.3.3. Gegenparteiausfallrisiken

Derivative Adressenausfallrisikopositionen werden in Form von Swappgeschäften im Rahmen der Steuerung des Zinsänderungsrisikos sowie zur 1 : 1 Absicherung von Währungsrisiken aus Devisentermingeschäften mit Kunden eingegangen. Ein Handel zur Erzielung von Gewinnen aus Preisdifferenzen wird nicht betrieben.

Voraussetzung für das Eingehen von derivativen Adressenausfallrisikopositionen ist die Einräumung entsprechender Limite im Rahmen der für vergleichbare Geschäfte des Anlagebuches bestehenden Kreditgenehmigungsverfahren. Die Risikobewertung und -überwachung erfolgen nach den gleichen Grundsätzen wie bei den übrigen Geschäften des Anlagebuches. Für die Limitanrechnung wird der Marktwert zu Grunde gelegt. Geschäfte in derivativen Finanzinstrumenten werden bisher nur außerbörslich abgeschlossen. Für die Bilanzierung und Bewertung der derivativen Finanzinstrumente gelten die Grundsätze des HGB.

Das Kontrahentenrisiko beschreibt die Gefahr, dass bei Ausfall des Kontrahenten neben den möglicherweise noch ausstehenden Zinszahlungen ein Wiedereindeckungsrisiko entsteht. Ein Wiedereindeckungsrisiko besteht darin, dass durch Veränderung der Marktpreise gegenüber dem ursprünglichen Abschluss höhere oder niedrigere Zinsen für die Festzinsseite zu zahlen sind.

Die Bewertung derivativer Finanzinstrumente des Anlagebuches gemäß CRR erfolgt nach der Marktbewertungsmethode. Der Kreditäquivalenzbetrag der Zinsswaps beträgt zum 31.12.2016 EUR 1,4 Mio. Geschäfte werden hier ausschließlich mit als zentrale Gegenparteien fungierenden Instituten des S-Finanzverbundes abgeschlossen. Dabei finden Risikominderungstechniken keine Anwendung.

Devisentermingeschäfte sind im Verhältnis zu den Gesamtrisikooktiva von untergeordneter Bedeutung.

Die Sparkasse berücksichtigt im Rahmen der Eigenkapitalunterlegung keine Korrelationen von Markt- und Kontrahentenrisiken. Bei derivativen Geschäften wurden im letzten Geschäftsjahr keine Vereinbarungen getroffen, die die Sparkasse gegenüber ihren Kontrahenten zur Leistung von Sicherheiten bzw. zum Nachschuss von Sicherheiten im Falle einer eigenen Bonitätsverschlechterung verpflichten.

Zur Kreditrisikosteuerung und Begrenzung nahm die Sparkasse im Jahr 2016 erstmals an einer Sparkassen-Kreditbasket-Transaktion teil. Mit Hilfe der Sparkassen-Kreditbasket-Transaktion erfolgte im Jahr 2016 die Absicherung von Einzelkreditrisiken in Höhe von EUR 4,0 Mio. Im Rahmen der Transaktion wurden Anteile ausgewählter Risikopositionen aus dem Sparkassenportfolio (Verkauf einer Originatoren-CLN mit implizitem CDS) gegen einen Anteil an einem „diversifizierten Kreditportfolio“ (Kauf einer Investoren-CLN mit eingebettetem CDS) getauscht. Es handelt sich dabei nicht um ein True-Sale-Geschäft.

Für die Teilnahme an den Sparkassen-Kreditbasket-Transaktionen bestehen strenge Vorgaben. Dabei dürfen unter anderem nur Anteile an Kreditforderungen mit einer guten Bonität in den Basket eingebracht werden. Die Überprüfung, ob die Vorgaben eingehalten wurden, erfolgt durch die Prüfungsstelle des SVWL.

Der Nominalwert der Absicherung aus den Teilnahmen an den Sparkassen-Kreditbasket-Transaktionen beläuft sich zum 31.12.2016 auf insgesamt EUR 4,0 Mio. (weiterführende Informationen sind im Anhang zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung unter „Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ dargestellt).

In Ergänzung zur Umsetzung von Basel III sorgt die European Market Infrastructure Regulation (EMIR) für mehr Transparenz auf den Derivatmärkten. Diese Regulierung umfasst im Wesentlichen die Pflicht zur Meldung aller Derivatetransaktionen an Transaktionsregister, die Pflicht zum Clearing von bestimmten Derivaten über zentrale Gegenparteien sowie die Anwendung bestimmter Risikominderungsstechniken bei nicht über zentrale Gegenparteien abgewickelten Derivaten. Die Sparkasse erfüllt alle aus EMIR resultierenden Anforderungen.

5.3.4. Aktienkursrisiken

Aktienkursrisiken beschreiben die Gefahr, dass durch Preisveränderungen auf den Aktienmärkten die jeweiligen Bestände bzw. offenen Positionen an Wert verlieren und dadurch ein Verlust entsteht.

Aktien werden ausschließlich im Spezialfonds gehalten. Dieser wird durch die Vorgabe von Rahmenbedingungen und Anlageklassen sowie unter Berücksichtigung einer ausgeprägten Granularität und Risikodiversifizierung gesteuert. Der Anteil der Aktien am Gesamtvermögen des Spezialfonds betrug am 31.12.2016 30,6 %.

5.3.5. Währungsrisiken

Die Währungsrisiken sind hinsichtlich ihrer GuV-Wirkung grundsätzlich von untergeordneter Bedeutung. Bemerkenswerte Konzentrationen sind nicht erkennbar.

Die Währungsrisiken, die durch Devisengeschäfte mit Kunden entstehen, werden durch Gegengeschäfte in der Sparkassen-Finanzgruppe 1 : 1 glatt gestellt. Die Währungsrisiken der in Fremdwährungen notierten Wertpapiere des Spezialfonds werden durch Devisengeschäfte abgesichert. Insofern verbleiben allenfalls geringe „Spitzenbeträge“ als offene Devisenposition.

Vergebene Fremdwährungsdarlehen werden währungs- und laufzeitkongruent refinanziert. Von den Kunden hereingenommene Sichteinlagen in Fremdwährung werden ebenfalls währungskongruent und laufzeitkongruent angelegt.

5.4. Zinsänderungsrisiken

Unter dem Zinsänderungsrisiko wird in der periodisch orientierten Sichtweise die negative Abweichung des Zinsüberschusses von einem zuvor erwarteten Wert verstanden. Die Abschreibungsrisiken für festverzinsliche Wertpapiere berücksichtigen wir in den Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften. In der wertorientierten Sichtweise ist dieses Risiko als negative Abweichung des Barwertes am Planungshorizont vom erwarteten Barwert definiert.

Die Messung und Steuerung des Zinsänderungsrisikos erfolgt sowohl auf perioden- als auch auf wertorientierter Basis. Beide Steuerungsansätze werden eingesetzt, um Erträge zu optimieren und Risiken aus der Fristentransformation zu begrenzen. Grundlage der Wertermittlung der Zinsgeschäfte sind alle innerhalb der jeweiligen Restlaufzeit liegenden Zahlungen.

Für den aus den Gesamtzahlungsströmen der Sparkasse errechneten Barwert wird das Verlustrisiko (Value-at-Risk) ermittelt. Die Berechnungen des Value-at-Risk beruhen auf der historischen Simulation der Marktzinsänderungen. Die Zeitreihe für die historische Simulation erstreckt sich auf einen Zeitraum von 1988 bis 2015. Die negative Abweichung der Performance innerhalb der nächsten 63 Handelstage (Haltedauer) von diesem statistisch erwarteten Wert wird mit einem Konfidenzniveau von 99 % berechnet. Zur Beurteilung des Zinsänderungsrisikos orientiert sich die Sparkasse an einer definierten Benchmark (angelehnt an die Struktur des gleitenden 10-Jahresdurchschnitts). Abweichungen zeigen ggf. einen

Bedarf an Steuerungsmaßnahmen auf und dienen als zusätzliche Information für zu tätige Geschäfte. Neben der vermögenswertorientierten Berechnung wird eine handelsrechtliche Rechnung zur Ermittlung des Zinsüberschussrisikos durchgeführt. Das Zinsüberschussrisiko wird mit unterschiedlichen Anpassungsgeschwindigkeiten variabel verzinslicher Aktiv- und Passivposten sowie unter Berücksichtigung verschiedener Zinsszenarien berechnet. Der ermittelte Risikobetrag wird im Rahmen der handelsrechtlichen Risikotragfähigkeitsbetrachtung berücksichtigt.

Die vermögenswertorientierten und handelsrechtlichen Ergebnisgrößen werden mittels quartalsweiser Simulationsrechnungen unter Berücksichtigung verschiedener Zinsszenarien und Risikoniveaus einander gegenübergestellt. Anhand dieser Berechnungen werden für die Sparkasse besonders belastende bzw. günstige Konstellationen ermittelt. Die Ergebnisse fließen parallel in die Überlegungen zur Disposition des Zinsbuches ein. Über die Entwicklung der Zinsänderungsrisiken wird der Gesamtvorstand mindestens vierteljährlich unterrichtet. Zur Steuerung des Zinsänderungsrisikos werden neben bilanzwirksamen Instrumenten auch Zins-Swaps eingesetzt.

Auf Basis des Rundschreibens 11/2011 der BaFin vom 09.11.2011 (Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch; Ermittlung der Auswirkungen einer plötzlichen und unerwarteten Zinsänderung) haben wir zum Stichtag 31.12.2016 die barwertige Auswirkung einer Ad-hoc-Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve um + bzw. - 200 Basispunkte errechnet. Die Verminderung des Barwertes gemessen an den regulatorischen Eigenmitteln betrug 22,0 %. Vor dem Hintergrund der angemessenen Kapitalausstattung und der Risikotragfähigkeit sowie der allgemein entspannten Risikolage halten wir das Zinsänderungsrisiko für vertretbar.

Das Zinsänderungsrisiko der Sparkasse lag im Jahr 2016 innerhalb der vorgegebenen Limite. Konzentrationen aus dem zinstragenden Geschäft ergeben sich nicht.

Wir haben die gesamte Zinsposition des Bankbuchs nach den Vorgaben der IDW-Stellungnahme RS BFA 3 im Rahmen einer wertorientierten Berechnung untersucht. Das Bankbuch umfasst – entsprechend dem internen Risikomanagement – alle bilanziellen und außerbilanziellen zinsbezogenen Finanzinstrumente außerhalb des Handelsbestands. Bei der Beurteilung werden alle Zinserträge aus zinsbezogenen Finanzinstrumenten des Bankbuchs sowie die voraussichtlich noch zu deren Erwirtschaftung erforderlichen Aufwendungen (Refinanzierungskosten, Standard-Risikokosten, Verwaltungskosten) berücksichtigt. Die Diskontierung erfolgt auf Basis der Zinsstrukturkurve am Abschlussstichtag. Die Berechnungen zeigen keinen Verpflichtungsüberschuss. Eine Rückstellung gemäß § 249 Abs. 1 Satz 1, 2 Alternative HGB ist nicht zu bilden.

5.5. Liquiditätsrisiko

Der Vorstand hat die Rahmenbedingungen für den Umgang mit Liquiditätsrisiken in der Geschäfts- und Risikostrategie und in einer gesonderten Leitlinie festgelegt. Das Liquiditätsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass Zahlungsverpflichtungen im Zeitpunkt ihrer Fälligkeit nicht oder nicht vollständig erfüllt werden können (Liquiditätsrisiko im engeren Sinne), zusätzliche Refinanzierungsmittel nur zu erhöhten Marktzinsen beschafft werden können (Refinanzierungsrisiko) oder vorhandene Vermögenswerte nur mit Preisabschlägen verwertet werden können (Marktliquiditätsrisiko). Das Liquiditätsrisiko wird durch eine angemessene Liquiditätsvorsorge und eine ausgewogene Strukturierung der Fälligkeiten der Aktiva und Passiva gesteuert. Zur regelmäßigen Überwachung der Liquidität wird mindestens monat-

lich eine auf die nächsten Monate ausgerichtete Liquiditätsplanung durchgeführt. Außerdem sind in einer gesonderten Übersicht die aktuellen und potenziellen Finanzierungsmöglichkeiten erfasst. Es wird fortlaufend überprüft, ob der Zugang zu den dort genannten Refinanzierungsquellen weiterhin gegeben ist. Für kurzfristigen Liquiditätsbedarf besteht Dispositionsspielraum im Rahmen unseres Bundesbankpfanddepots.

Die durch § 11 KWG in Verbindung mit der Liquiditätsverordnung und den MaRisk vorgegebenen Anforderungen über eine ausreichende Liquidität wurden zu jedem Zeitpunkt eingehalten. Im Hinblick auf die Ausstattung mit liquiden Mitteln, die erwarteten Liquiditätszuflüsse sowie die Kredit- und Refinanzierungsmöglichkeiten ist dies auch für die Zukunft gewährleistet. Die Liquiditätskennzahl (Quotient aus den liquiden Aktiva und den Liquiditätsabflüssen für den folgenden Monat) lag stets deutlich über dem erforderlichen Mindestwert von 1,0 sowie der individuellen Risikotoleranz von 1,3. Sie bewegte sich im Betrachtungszeitraum zwischen einem Wert von 2,73 und 3,30. Ferner werden zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften entsprechende Guthaben bei der Deutschen Bundesbank unterhalten.

Infolge der Finanzkrise führt die Aufsicht neue Liquiditätskennzahlen ein. Während mit der Liquidity Coverage Ratio (LCR) das kurzfristige Liquiditätsrisiko bewertet werden soll, dient die Net Stable Funding Ratio (NSFR) dazu, das strukturelle Liquiditätsrisiko zu messen. Die LCR wird stufenweise eingeführt. Seit dem 1. Januar 2016 muss der Bestand an hochliquiden Aktiva den Mittelabfluss unter Stress zu 70 % abdecken. Mit Beginn des Jahres 2017 steigt die Mindestanforderung auf 80 % und ab dem Jahr 2018 ist die LCR vollumfänglich einzuhalten. Die hochliquiden Aktiva müssen dann 100 % der Nettomittelabflüsse im Stressszenario abdecken. Die Sparkasse hat die LCR-Kennzahl seit ihrer Einführung

fortlaufend ermittelt und die Anforderungen stets eingehalten. Die NSFR befindet sich noch in der Beobachtungsphase.

Zur Quantifizierung von Liquiditätskosten und -nutzen hat die Sparkasse ein „einfaches Kostenverrechnungssystem“ (BTR 3.1 TZ 5 - MaRisk) implementiert.

Um mögliche Liquiditätsengpässe frühzeitig erkennen zu können, hat die Sparkasse ein Frühwarnsystem eingerichtet, welches Gefahrenquellen identifiziert und das Einleiten entsprechender Gegensteuerungsmaßnahmen ermöglicht.

Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war im Geschäftsjahr jederzeit gegeben. Liquiditätsrisikokonzentrationen bestehen nicht.

5.6. Operationelle Risiken

Operationelle Risiken werden als Gefahr von Schäden verstanden, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder infolge externer Einflüsse eintreten.

Zur Steuerung der betrieblichen Risiken dienen Arbeitsanweisungen, Kontrollen und automatisierte Sicherheitsmaßnahmen. Eventuelle Schadensfälle sind zum Teil durch Versicherungen gedeckt. Rechtliche Risiken werden durch die sorgfältige Prüfung der Vertragsgrundlagen und den Einsatz von Standardverträgen reduziert. Verhaltensrisiken, die durch Betrug, Irrtum oder Fahrlässigkeit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern oder Dritten hervorgerufen werden, begegnet die Sparkasse mit angemessenen Kontrollsystemen, deren Funktionsfähigkeit laufend von den Führungskräften der jeweiligen Betriebsstellen überwacht und von der Internen Revision geprüft wird. Für technische Risiken hat die Sparkasse Notfallkonzepte entwickelt, die die Funktionsfähig-

keit des Betriebsablaufs auch bei unvorhersehbaren Ereignissen sicherstellen. Die Sparkasse setzt zudem eine vom DSGVO empfohlene Schadensfalldatenbank ein, in der Schadensfälle systematisch erfasst und regelmäßig ausgewertet werden.

Der Vorstand wird vierteljährlich über Art und Umfang eingetretener Schadensfälle und die eingeleiteten Maßnahmen unterrichtet. Es ist geregelt, dass bedeutende Schadensfälle im Sinne der MaRisk ad-hoc berichtet und unverzüglich analysiert werden.

Konzentrationen bestehen hinsichtlich der IT-Dienstleistungen, die weitestgehend auf die Finanz Informatik übertragen wurden. Es handelt sich hierbei um ein Unternehmen der Sparkassen-Finanzgruppe, das über umfangreiche Sicherungsmaßnahmen (z. B. Backup-Rechenzentren) verfügt. Die Konzentration ist verbundbedingt und strategiekonform.

Die operationellen Risiken sind nach unserer derzeitigen Einschätzung für die künftige Entwicklung der Sparkasse von untergeordneter Bedeutung. Das vorgegebene Risikolimit wurde jederzeit eingehalten.

6. Gesamtbeurteilung der Risikolage

Die Sparkasse nimmt am Risikomonitoring des SVWL teil. Die Erhebung erfolgt dreimal jährlich. Dabei werden die wichtigsten Risikomesszahlen auf Verbandsebene ausgewertet und die Entwicklungen beobachtet. Jede Sparkasse wird insgesamt bewertet und einer von drei Monitoringstufen zugeordnet. Die Sparkasse ist der besten Bewertungsstufe zugeordnet.

Die Risikotragfähigkeitsberechnungen zeigen ein angemessenes Verhältnis zwischen eingegangenen Risiken und vorhandener Risikodeckungsmasse. Die Risikotragfähigkeit war und ist gegeben. Die aus der Risikotragfähigkeit abgeleiteten Limite für die wesent-

lichen Risiken wurden im Jahr 2016 eingehalten. Das von der Sparkasse zur Verfügung gestellte Risikodeckungspotenzial war am 31.12.2016 mit 54,0 % beansprucht. Die Risikotragfähigkeit war und ist auch in den von der Sparkasse simulierten Stresstests gegeben. Die Sparkasse ist somit in der Lage, die simulierten Krisenszenarien zu verkraften. Risiken der künftigen Entwicklung, die für die Sparkasse bestandsgefährdend sein könnten, sind nach der Risikoinventur nicht erkennbar.

Die vorhandenen Eigenmittel übertreffen die aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Die Gesamtkapitalquote gemäß Artikel 92 CRR beträgt zum Bilanzstichtag 14,3 %.

Insgesamt beurteilen wir unsere Risikolage unter Würdigung und Abschirmung aller Risiken als ausgewogen.

7. Bericht über die voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken (Prognosebericht)

Die nachfolgenden Einschätzungen haben Prognosecharakter. Insofern können die tatsächlichen künftigen Ergebnisse gegebenenfalls deutlich von den zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts getroffenen Erwartungen über die voraussichtlichen Entwicklungen abweichen.

7.1. Geschäftsentwicklung

Auf Basis der Ergebnisse des Sparkassen-Konjunkturindicators Westfalen-Lippe wird sich der konjunkturelle Aufschwung in Westfalen-Lippe mit leicht erhöhter Dynamik mindestens bis in den Spätsommer fortsetzen. Treibende Kräfte bleiben der private Konsum und die Wohnungsbauinvestitionen. Die Exporte legen im Zuge der Belebung der Weltwirtschaft voraussichtlich leicht zu. Bei den Investitionen zeigen sich die hiesigen Unternehmen weiter zurückhaltend. Maßgeblich ist die erhöhte Unsicherheit hinsichtlich der mittel- bis langfristigen Handlungsperspektiven.

Unsere Marktanteile im Privat- und Firmenkundengeschäft wollen wir grundsätzlich halten. Für den Kreditbestand erwarten wir eine Ausweitung um insgesamt etwa 7 %. Eingeplant ist hierbei zunächst ein grundsätzlich mit dem Jahr 2016 vergleichbares Darlehensneugeschäft. Zusätzliches Wachstum sollte sich darüber hinaus aus größeren Finanzierungen im Bereich der Windenergie einstellen. Der Anteil der bilanziellen Forderungen an Kunden an der Bilanzsumme wird sich voraussichtlich nicht wesentlich verändern.

Bei der Geldvermögensbildung gehen wir im Vergleich zum Vorjahr von moderateren Zuwächsen aus. Dabei unterstellen wir, dass sich der Trend zu Wertpapieranlagen fortsetzt und ein gegenüber dem Vorjahr höherer Nettoabsatz erzielt werden kann. Unter Berücksichtigung des aktuellen Zinsumfeldes liegt unser Fokus im Einlagengeschäft eindeutig auf granularen Zuflüssen. Vor diesem Hintergrund haben wir hier nur ein Wachstum von etwa 1 % eingeplant.

Für die Bilanzsumme erwarten wir aufgrund der vorgenannten Entwicklungen im Kredit- und Einlagengeschäft für das Folgejahr einen Anstieg um annähernd 7 %.

Im Dienstleistungsgeschäft wollen wir beim Bausparen unseren Neugeschäftsmarktanteil verbessern. Bei den Lebensversicherungen sehen wir vertriebliche Chancen aus der Neupositionierung unseres Produktangebotes im Zusammenhang mit der Riester-Rente. Darüber hinaus wollen wir hier auch das Thema „Pflege“ stärker in den Fokus rücken. Einhergehend mit der Erwartung an eine Steigerung des Nettoabsatzes gehen wir im Wertpapiergeschäft mit Kunden von höheren Umsätzen aus.

Als Risiken im Sinne des Prognoseberichts werden künftige Entwicklungen oder Ereignisse gesehen, die

zu einer für die Sparkasse negativen Prognose- bzw. Zielabweichung führen können.

Die Risiken liegen – neben den in der Risikoberichterstattung dargestellten unternehmerischen und banküblichen Gefahren – hauptsächlich in einem Nachlassen der weltwirtschaftlichen Dynamik. Ferner kann nicht ausgeschlossen werden, dass weitere Unwägbarkeiten im Finanzsystem oder politische Ereignisse (z. B. die Umsetzung des Brexit oder die anstehenden Wahlen in mehreren europäischen Ländern) die realwirtschaftliche Entwicklung beeinträchtigen können.

Als Chancen im Sinne des Prognoseberichts werden künftige Entwicklungen oder Ereignisse gesehen, die zu einer für die Sparkasse positiven Prognose- bzw. Zielabweichung führen können.

Chancen sehen wir vor allem in einer besser als erwartet laufenden Konjunktur. Dies würde zu einer stärkeren Kreditnachfrage und einem Anstieg des Zinsüberschusses führen.

7.2. Finanzlage

Im Jahr 2017 sind keine größeren Investitionsmaßnahmen vorgesehen. Nach unseren Planungen wird die Liquiditätskennziffer durchgängig über dem in der Geschäfts- und Risikostrategie festgelegten Mindestwert von 1,3 liegen.

7.3. Ertragslage

Auf Basis des bundeseinheitlichen Betriebsvergleichs wird folgende Entwicklung erwartet:

Der Zinsüberschuss wird durch die Zinsentwicklung und die Zinsstruktur am Geld- und Kapitalmarkt beeinflusst. Insofern ist die weitere Zinsentwicklung und die damit verbundene Möglichkeit der Fristen-

transformation von maßgeblicher Bedeutung. Dabei gehen wir mit Blick auf die erwartete gesamtwirtschaftliche Entwicklung davon aus, dass sich die Zinsstrukturkurve nicht wesentlich verändern wird. Ob und wann die Europäische Zentralbank ihren geldpolitischen Kurs hier ändert, ist derzeit nicht absehbar.

Unter Berücksichtigung unserer Bestands- und Neugeschäftsplanung, der vorgenannten Zinserwartung sowie der positiven Effekte aus vorzeitig aufgelösten Zinsswaps wird sich der Zinsüberschuss nach den Werten des Betriebsvergleichs im kommenden Jahr voraussichtlich auf annähernd EUR 75 Mio. erhöhen. Negative Zinsen werden das Zinsergebnis im Jahr 2017 voraussichtlich nicht wesentlich beeinflussen.

Beim Provisionsüberschuss planen wir mit einer leichten Steigerung. Diese Annahme fußt insbesondere auf einer höheren Erwartung an das Wertpapiergeschäft.

Die Verwaltungsaufwendungen haben wir mit etwa EUR 63 Mio. veranschlagt. Ein Anstieg im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich aus höheren Personalaufwendungen. Hier haben wir – unter Berücksichtigung unserer strategisch geplanten Reduzierung der Mitarbeiterkapazitäten – für das Jahr 2017 einen temporären Anstieg und darüber hinaus eine tarifliche Steigerung berücksichtigt. Den Sachaufwand sehen wir marginal oberhalb des Vorjahreswertes.

Die beschriebene Entwicklung sollte zu einem mit dem Vorjahr nominell vergleichbaren Betriebsergebnis vor Bewertung von ca. EUR 40 Mio. führen. In Verbindung mit dem geplanten Wachstum unserer jahresdurchschnittlichen Bilanzsumme auf ca. EUR 4,0 Mrd. ergibt sich relativ gesehen ein Rückgang von 1,08 % auf 0,99 %.

Aufgrund der Struktur unserer Eigenanlagen und der Diversifizierung der Bestände erwarten wir beim Bewertungsergebnis aus dem Wertpapiergeschäft keine größeren Belastungen. Dabei unterstellen wir, dass es zu keinen außergewöhnlichen Marktstörungen kommt und lediglich bei festverzinslichen Wertpapieren planmäßige Rückzahlungsverluste aus Kaufkursen oberhalb von 100% zu verbuchen sind. Das Bewertungsergebnis aus dem Kreditgeschäft ist aufgrund der konjunkturellen Entwicklung nur mit großen Unsicherheiten zu prognostizieren. Es ist nie auszuschließen, dass es in einem Geschäftsjahr zu einem tendenziell höheren Bewertungsaufwand kommt. Für das Jahr 2017 haben wir im Vergleich zum Ergebnis des Jahres 2016 zunächst einen leicht ungünstigeren Verlauf angenommen. Den Risiken steht ein ausreichendes Risikodeckungspotenzial gegenüber. Mittels eines aktiven Kreditrisikomanagements sind wir bestrebt, erkannte Risiken zu mindern und neue Risiken zu vermeiden. Belastungen für die Ergebnis- und Kapitalentwicklung könnten sich aus regulatorischen Verschärfungen für die Finanzwirtschaft (z. B. SREP - Supervisory Review and Evaluation Process, Meldewesen) ergeben.

Wir richten uns u. a. an der in der „Geschäftsstrategie der Sparkassen“ des DSGVO definierten Zielgröße „Cost-Income-Ratio“ aus. Für 2017 erwarten wir aus Aufwendungen und Erträgen ähnlich wie im Vorjahr ein Verhältnis von ca. 61 %.

Bei der prognostizierten Entwicklung der Ertragslage ist eine angemessene Eigenkapitalzuführung gesichert. Das geplante Wachstum kann mit einer weiterhin soliden Eigenkapitalausstattung dargestellt werden. Unsere Kennziffer zur Ertrags- und Risikolage im Risikomonitoring des SVWL sollte weiterhin in der besten Bewertungsstufe liegen.

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016

der
Kreissparkasse Steinfurt

Land
Nordrhein/Westfalen

Regierungsbezirk
Münster

	EUR	EUR	EUR	31.12.2015 TEUR
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		36.591.132,17		24.846
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		<u>24.442.278,80</u>		<u>92.180</u>
			61.033.410,97	117.027
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		0,00		0
b) Wechsel		<u>0,00</u>		<u>0</u>
			0,00	0
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		77.421.757,68		98.378
b) andere Forderungen		<u>30.992.188,33</u>		<u>928</u>
			108.413.946,01	99.306
4. Forderungen an Kunden			2.879.652.514,66	2.758.600
darunter:				
durch Grundpfandrechte gesichert	1.566.006.505,08	EUR		(1.529.639)
Kommunalkredite	<u>112.352.977,30</u>	EUR		<u>(123.414)</u>
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten		0,00		0
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00	EUR		(0)
ab) von anderen Emittenten		<u>0,00</u>		<u>0</u>
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00	EUR		(0)
			0,00	0
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten		180.117.734,96		98.735
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	180.117.734,96	EUR		(98.735)
bb) von anderen Emittenten		<u>235.672.140,29</u>		<u>151.653</u>
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	231.670.440,29	EUR		(151.653)
			415.789.875,25	250.389
c) eigene Schuldverschreibungen		0,00		0
Nennbetrag	0,00	EUR		(0)
			415.789.875,25	250.389
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			260.979.551,37	250.552
6a. Handelsbestand			0,00	0
7. Beteiligungen			53.030.687,10	52.665
darunter:				
an Kreditinstituten	0,00	EUR		(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	<u>736.921,63</u>	EUR		<u>(737)</u>
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			1,00	0
darunter:				
an Kreditinstituten	0,00	EUR		(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00	EUR		(0)
9. Treuhandvermögen			6.288.936,57	166
darunter:				
Treuhandkredite	6.288.936,57	EUR		(166)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch			0,00	0
11. Immaterielle Anlagewerte				
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		0,00		0
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		<u>94.962,00</u>		<u>132</u>
c) Geschäfts- oder Firmenwert		0,00		0
d) geleistete Anzahlungen		<u>0,00</u>		<u>0</u>
			94.962,00	132
12. Sachanlagen			21.655.038,89	23.590
13. Sonstige Vermögensgegenstände			4.018.991,67	5.069
14. Rechnungsabgrenzungsposten			143.408,47	153
Summe der Aktiva			<u>3.811.101.323,96</u>	<u>3.557.649</u>

Passivseite

	EUR	EUR	EUR	31.12.2015 TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		178.872,14		128
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>893.783.885,76</u>		<u>766.786</u>
			893.962.757,90	<u>766.914</u>
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	756.949.286,98			716.002
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	<u>72.160.982,78</u>			<u>81.869</u>
		829.110.269,76		<u>797.871</u>
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	1.613.198.792,39			1.496.008
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	<u>96.184.533,70</u>			<u>140.604</u>
		<u>1.709.383.326,09</u>		<u>1.636.613</u>
			2.538.493.595,85	<u>2.434.483</u>
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen		4.004.663,67		0
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		<u>0,00</u>		<u>0</u>
darunter:				
Geldmarktpapiere	0,00 EUR			(0)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	<u>0,00 EUR</u>			<u>(0)</u>
			4.004.663,67	0
3a. Handelsbestand			0,00	0
4. Treuhandverbindlichkeiten			6.288.936,57	166
darunter:				
Treuhandkredite	6.288.936,57 EUR			(166)
5. Sonstige Verbindlichkeiten			790.160,35	2.397
6. Rechnungsabgrenzungsposten			400.353,96	484
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		23.805.819,00		23.609
b) Steuerrückstellungen		<u>1.519.000,00</u>		<u>3.266</u>
c) andere Rückstellungen		<u>14.461.086,30</u>		<u>12.929</u>
			39.785.905,30	<u>39.805</u>
8. (weggefallen)				
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			0,00	0
10. Genusssrechtskapital			0,00	0
darunter:				
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	0,00 EUR			(0)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken			121.600.000,00	113.200
12. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		0,00		0
b) Kapitalrücklage		<u>0,00</u>		<u>0</u>
c) Gewinnrücklagen				
ca) Sicherheitsrücklage	200.200.626,43			194.669
cb) andere Rücklagen	<u>0,00</u>			<u>0</u>
		200.200.626,43		194.669
d) Bilanzgewinn		<u>5.574.323,93</u>		<u>5.532</u>
			205.774.950,36	<u>200.201</u>
Summe der Passiva			3.811.101.323,96	3.557.649
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		0,00		0
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		<u>85.994.632,50</u>		<u>53.078</u>
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		<u>0,00</u>		<u>0</u>
			85.994.632,50	<u>53.078</u>
2. Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		0,00		0
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		<u>0,00</u>		<u>0</u>
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		<u>163.035.881,09</u>		<u>151.320</u>
			163.035.881,09	<u>151.320</u>

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016	EUR	EUR	EUR	1.1.-31.12.2015 TEUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	95.530.377,92			95.595
darunter: aus der Abzinsung von Rückstellungen	2.327.495,31 EUR			(2)
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	3.411.574,10			3.131
		98.941.952,02		98.725
2. Zinsaufwendungen		47.167.942,52		46.162
darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen	3.234.565,09 EUR			(1.232)
			51.774.009,50	52.563
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		10.256.518,46		10.466
b) Beteiligungen		1.481.910,17		1.482
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		0,00		0
			11.738.428,63	11.948
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			0,00	0
5. Provisionserträge		29.444.839,85		27.496
6. Provisionsaufwendungen		1.195.857,00		1.064
			28.248.982,85	26.432
7. Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestands			0,00	0
8. Sonstige betriebliche Erträge			1.454.934,27	8.300
darunter:				
aus der Fremdwährungsumrechnung	1.433,42 EUR			(1)
9. (weggefallen)				
			93.216.355,25	99.244
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	35.756.541,69			34.823
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	9.812.058,33			11.308
darunter:				
für Altersversorgung	3.582.894,14 EUR			(5.235)
		45.568.600,02		46.131
b) andere Verwaltungsaufwendungen		16.379.678,97		16.401
			61.948.278,99	62.532
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			2.871.409,63	3.265
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			1.993.279,84	2.125
darunter:				
aus der Fremdwährungsumrechnung	3.372,80 EUR			(5)
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		592.434,28		15.734
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		0,00		0
			592.434,28	15.734
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		3.819.130,81		85
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		0,00		0
			3.819.130,81	85
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme			115.770,58	64
18. Zuführungen zum oder Entnahmen aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken			8.400.000,00	8.750
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			13.476.051,12	6.687
20. Außerordentliche Erträge		0,00		0
21. Außerordentliche Aufwendungen		0,00		0
22. Außerordentliches Ergebnis			0,00	0
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		7.752.587,02		1.015
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen		149.140,17		140
			7.901.727,19	1.155
25. Jahresüberschuss			5.574.323,93	5.532
26. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr			0,00	0
			5.574.323,93	5.532
27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen				
a) aus der Sicherheitsrücklage		0,00		0
b) aus anderen Rücklagen		0,00		0
			0,00	0
			5.574.323,93	5.532
28. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die Sicherheitsrücklage		0,00		0
b) in andere Rücklagen		0,00		0
			0,00	0
29. Bilanzgewinn			5.574.323,93	5.532

Anhang 2016

A. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss zum 31.12.2016 wurde auf der Grundlage des Handelsgesetzbuchs (HGB) unter Beachtung der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) aufgestellt. Hierbei waren erstmals die Änderungen durch das Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz (BilRUG) vom 22.07.2015 zu beachten. Aufgrund von § 284 Abs. 1 HGB ergeben sich gegenüber dem Vorjahr Abweichungen in der Reihenfolge der Angaben zu den Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung.

B. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die auf den vorhergehenden Jahresabschluss angewendeten Ansatz- und Bewertungsmethoden werden grundsätzlich stetig angewendet. Sofern sich Abweichungen ergeben haben, wird in den jeweiligen Abschnitten darauf hingewiesen.

Die Bilanzierung und Bewertung der Vermögensgegenstände, der Verbindlichkeiten und der schwebenden Geschäfte erfolgt gemäß den §§ 246 ff. und §§ 340 ff. HGB.

Forderungen

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden haben wir zum Nennwert bilanziert. Bei der Auszahlung von Darlehen einbehaltene Disagien werden kapitalanteilig auf die Laufzeit der Darlehen bzw. eine kürzere Zinsbindungsdauer verteilt. Von Dritten erworbene Schuldscheindarlehen, die dem Kreditgeschäft zugeordnet sind, werden mit den Anschaffungskosten angesetzt.

Erkennbaren Risiken aus Forderungen und Schuldscheindarlehen wurde durch deren Bewertung nach den Grundsätzen kaufmännischer Vorsicht ausreichend Rechnung getragen. Für latente Risiken im Forderungsbestand bestehen Pauschalwertberichtigungen und Vorsorgereserven.

Wertpapiere

Die Wertpapiere werden zu den Anschaffungskosten bewertet, soweit die beizulegenden Werte am Bilanzstichtag nicht niedriger sind (strenges Niederstwertprinzip).

Unsere Wertpapiere haben wir daraufhin untersucht, ob zum Bilanzstichtag ein aktiver Markt besteht oder der Markt als inaktiv anzusehen ist.

Für die an einem aktiven Markt gehandelten Wertpapiere wurde der Marktpreis zum Abschlussstichtag verwendet.

Die Märkte für die von uns gehaltenen Schuldverschreibungen aus der S-Finanzgruppe in Höhe von EUR 210 Mio. (Nominalwerte) waren zum Bilanzstichtag als nicht aktiv anzusehen. Zur Bewertung wurden hier an Börsen oder im Internetbankenhandel gestellte Kurse zugrunde gelegt. Diese wurden durch die Berechnung theoretischer Kurse plausibilisiert. Der beizulegende Wert für die Credit Linked Notes der Kreditbasket-Transaktion wurde anhand des DCF-Verfahrens ermittelt.

Der zur Ermittlung der theoretischen Kurse verwendete Diskontierungszins berücksichtigte als Basiszins die sogenannte „Swapkurve“ und den am Markt beobachtbaren Neuemissionszuschlag des jeweiligen Emittenten. Dieser Neuemissionszuschlag berücksichtigt das Adressenausfallrisiko des Emittenten und das Liquiditätsrisiko.

Die Position „Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“ (Aktiva 6) entfällt auf unseren Wertpapier-Spezialfonds. Als beizulegenden Wert haben wir den investimentrechtlichen Rücknahmepreis angesetzt.

Die unternehmensindividuelle Festsetzung wesentlicher Bewertungsparameter ist mit Ermessensentscheidungen

verbunden, die trotz sachgerechter Ermessensausübung im Vergleich mit aktiven Märkten zu deutlich höheren Schätzunsicherheiten führen. Bei der Bewertung unserer Wertpapiere haben wir die Anforderungen aus dem Rechnungslegungshinweis des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW) e. V. „Umwidmung und Bewertung von Forderungen und Wertpapieren nach HGB“ (IDW RH HFA 1.014) beachtet.

Strukturierte Wertpapiere

Unsere im Rahmen der Sparkassen-Kreditbasket-Transaktionen erworbenen Credit Linked Notes haben wir entsprechend der IDW Stellungnahme zur Rechnungslegung „Handelsrechtliche Behandlung von Kreditderivaten im Nichthandelsbestand“ (IDW RS BFA 1) als Schuldverschreibung unter den Wertpapieren und zusätzlich als Eventualverbindlichkeit (Credit Default Swap) für die übernommenen Adressenausfallrisiken unter dem Bilanzstrich ausgewiesen.

Drohende und eingetretene Ausfälle aus Credit Linked Notes werden durch Bildung von Rückstellungen bzw. Abschreibungen berücksichtigt.

Anteilsbesitz

Anteile an verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, werden mit den fortgeführten Anschaffungskosten bzw. zum beizulegenden Wert bilanziert. Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert werden vorgenommen.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Die immateriellen Anlagewerte und die Sachanlagen werden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer, bilanziert. Aus Vereinfachungsgründen werden in Anlehnung an die steuerlichen Regelungen Vermögensgegenstände von geringerem Wert (bis EUR 150) sofort als Sachaufwand erfasst und

geringwertige Vermögensgegenstände (bis EUR 1.000) in einen Sammelposten eingestellt, der über einen Zeitraum von fünf Jahren gewinnmindernd aufgelöst wird.

Wir haben die entgeltlich erworbene Software nach den Vorgaben der IDW-Stellungnahme zur Rechnungslegung „Bilanzierung entgeltlich erworbener Software beim Anwender“ (IDW RS HFA 11) unter dem Bilanzposten „Immaterielle Anlagewerte“ ausgewiesen.

Die planmäßigen Abschreibungen werden für Gebäude linear vorgenommen. Für Einbauten in gemieteten Gebäuden wird die Vertragsdauer zugrunde gelegt, wenn sie kürzer ist als die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer.

Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung einschließlich Betriebsvorrichtungen werden linear abgeschrieben. Im Jahr der Anschaffung wird die zeitanteilige Jahresabschreibung verrechnet.

Gemäß Artikel 67 Abs. 4 Satz 1 EGHGB führen wir für die bisher nach steuerrechtlichen Vorschriften bewerteten Vermögensgegenstände, die zu Beginn des Geschäftsjahres 2010 vorhanden waren, die Wertansätze unter Anwendung der für sie bis zum Inkrafttreten des BilMoG geltenden Vorschriften fort.

Soweit der nach vorstehenden Grundsätzen ermittelte Wert von Vermögensgegenständen über dem Wert liegt, der ihnen am Abschlussstichtag beizulegen ist, wird dem durch außerplanmäßige Abschreibungen Rechnung getragen.

Soweit die Gründe für die außerplanmäßigen Abschreibungen nicht mehr bestehen, werden Zuschreibungen vorgenommen.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten werden zu ihrem Erfüllungsbetrag bewertet. Aufgewendete Disagien werden in den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten, erhaltene Agioer-

träge in den passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und über die Laufzeit planmäßig abgeschrieben bzw. vereinnahmt.

Rückstellungen

Die Rückstellungen werden in Höhe des notwendigen Erfüllungsbetrags gebildet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist; sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen. Die Erfassung erfolgt nach der Nettomethode. Rückstellungen mit einer Ursprungslaufzeit von einem Jahr oder weniger werden nicht abgezinst. Die übrigen Rückstellungen werden gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit dem der Restlaufzeit entsprechenden Zinssatz der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) abgezinst. Bei unbekannter Restlaufzeit haben wir den Abzinsungszeitraum geschätzt.

Die Pensionsrückstellungen wurden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen auf der Grundlage der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Heubeck entsprechend dem Teilwertverfahren ermittelt. Dabei werden künftige jährliche Lohn- und Gehaltssteigerungen von 2,00 % unterstellt. Tarifsteigerungen nach TVöD werden berücksichtigt. Der Berechnung der Pensions- und Beihilferückstellungen wurde ein vom Pensionsgutachter auf das Jahresende 2016 prognostizierter Durchschnittszinssatz, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt, zugrunde gelegt. Aufgrund des langfristig niedrigen Zinsniveaus vermindert sich der für die Bewertung der Pensionsrückstellungen heranzuziehende Abzinsungssatz gemäß Rückstellungsabzinsungsverordnung weiter stetig. Daher erfolgte mit dem Gesetz zur Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie und zur Änderung von handelsrechtlichen Vorschriften eine Änderung des § 253 HGB. Der Bezugszeitraum für die Ermittlung des Durchschnittszinssatzes wurde von 7 auf 10 Jahre verlängert. Zum 31.12.2016 beträgt der Zinssatz für den Betrachtungszeitraum von 7 Jahren 3,22 % und für den Betrachtungszeitraum von 10 Jahren 4,00 %. Aus dieser Änderung der Bewertungsmethode ergibt sich insgesamt

eine Verminderung der Pensionsrückstellungen um TEUR 2.327 (Unterschiedsbetrag gemäß § 253 Abs. 6 Satz 1 HGB), die als Zinsertrag in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen wird.

Abweichend zum Vorjahr wird bei den Pensionsrückstellungen der Effekt aus der Änderung des Abzinsungssatzes von TEUR 2.133 (Vorjahr TEUR 1.914) entsprechend dem Ausweiswahlrecht nach IDW RS HFA 30, TZ 87, anstatt im Personalaufwand nun im Zinsergebnis ausgewiesen. Dadurch wird insbesondere bezogen auf die Entwicklung des Personalaufwands eine sachgerechtere Darstellung und Entwicklung der Ertragslage gewährleistet.

Die Rückstellungen für Jubiläumswahlungen werden nach den Bestimmungen des TVöD ermittelt.

Altersteilzeitverträge wurden in der Vergangenheit auf der Grundlage des Altersteilzeitgesetzes, des Tarifvertrags zur Regelung der Altersteilzeit und ergänzender betrieblicher Vereinbarungen abgeschlossen. Bei den hierfür gebildeten Rückstellungen werden künftige Lohn- und Gehaltssteigerungen berücksichtigt. Die Restlaufzeit der Verträge beträgt bis zu einem Jahr. Die Abzinsung erfolgt mit dem der individuellen Restlaufzeit der einzelnen Verträge entsprechenden Zinssatz. Darüber hinaus bestand aufgrund einer Betriebsvereinbarung bis Jahresende 2016 für einen bestimmten Personenkreis die Möglichkeit zur Inanspruchnahme einer Altersteilzeitregelung.

Bei der Ermittlung der Rückstellungen und den damit in Zusammenhang stehenden Erträgen und Aufwendungen haben wir unterstellt, dass eine Änderung des Abzinsungssatzes erst zum Ende der Periode eintritt. Entsprechendes gilt für eine Veränderung des Verpflichtungsumfanges bzw. des zweckentsprechenden Verbrauchs. Erfolge aus der Änderung des Abzinsungssatzes zwischen zwei Abschlussstichtagen oder Zins-effekte einer geänderten Schätzung der Restlaufzeit werden in der betroffenen GuV-Position und für Pensionsrückstellungen im Zinsergebnis ausgewiesen.

Derivative Finanzinstrumente

Derivative Finanzinstrumente (Swaps, Devisentermingeschäfte) sind als schwebende Geschäfte in der Bilanz nicht auszuweisen. Sie werden bei Abschluss entsprechend ihrer Zweckbestimmung dem Handels- oder Anlagebuch zugeordnet.

Die zur Steuerung von Zinsänderungs- oder sonstigen Marktpreisrisiken abgeschlossenen derivativen Geschäfte werden in die Gesamtbetrachtung der jeweiligen Risikoart einbezogen und nicht gesondert bewertet.

Die laufenden Zinszahlungen aus Zinsswapgeschäften sowie die entsprechenden Zinsabgrenzungen werden je Zinsswap saldiert ausgewiesen.

Kreditderivate werden entsprechend den Vorgaben der IDW-Stellungnahme RS BFA 1 bilanziert und bewertet. Danach werden Kreditderivate, die als „erhaltene Kreditsicherheiten“ einzustufen sind, nicht eigenständig bilanziert, sondern bei der Bewertung der besicherten Forderung, d. h. bei der Ermittlung von Einzel- und Pauschalwertberichtigungen bzw. Rückstellungen im Kreditgeschäft, berücksichtigt.

Kreditderivate, die mit keinem anderen Geschäft der Sparkasse in Verbindung stehen („freistehende Kreditderivate“) und bei denen wir als Sicherungsgeber auftreten, haben wir ausschließlich in Bezug auf Adressenausfallrisiken abgeschlossen. Es ist beabsichtigt, diese Kreditderivate bis zur Endfälligkeit bzw. bis zum Eintritt des Kreditereignisses zu halten. Sie werden entsprechend den Grundsätzen für das Bürgschafts- und Garantiekreditgeschäft behandelt und als Eventualverbindlichkeit ausgewiesen. Wird am Abschlussstichtag ernsthaft mit dem Eintritt des vereinbarten Kreditereignisses gerechnet, wird eine entsprechende Rückstellung gebildet. Die ausgewiesene Eventualverbindlichkeit wird um den Betrag der gebildeten Rückstellung gekürzt.

Bewertung des Bankbuchs (Zinsbuch)

Wir haben die gesamte Zinsposition des Bankbuchs nach den Vorgaben der IDW-Stellungnahme RS BFA 3 im Rahmen einer

wertorientierten Berechnung untersucht. Das Bankbuch umfasst – entsprechend dem internen Risikomanagement – alle bilanziellen und außerbilanziellen zinsbezogenen Finanzinstrumente außerhalb des Handelsbestands. Bei der Beurteilung werden alle Zinserträge aus zinsbezogenen Finanzinstrumenten des Bankbuchs sowie die voraussichtlich noch zu deren Erwirtschaftung erforderlichen Aufwendungen (Refinanzierungskosten, Standard-Risikokosten, Verwaltungskosten) berücksichtigt. Die Diskontierung erfolgt auf Basis der Zinsstrukturkurve am Abschlussstichtag. Die Berechnungen zeigen keinen Verpflichtungsüberschuss. Eine Rückstellung gemäß § 249 Abs. 1 Satz 1, 2. Alternative HGB ist nicht zu bilden.

Die zur Steuerung der allgemeinen Zinsänderungsrisiken abgeschlossenen Zinsswapgeschäfte wurden in die Gesamtbetrachtung des Zinsänderungsrisikos einbezogen (Zinsbuchsteuerung) und somit nicht gesondert bewertet.

Währungsumrechnung

Die Währungsumrechnung erfolgt nach § 256a HGB bzw. § 340h HGB. Eine besondere Deckung gemäß § 340h HGB sehen wir als gegeben an, soweit eine Identität von Währung und Betrag der gegenläufigen Geschäfte vorliegt. Die Umrechnungsergebnisse aus Geschäften, die in die besondere Deckung einbezogen sind, werden saldiert je Währung in den Sonstigen betrieblichen Erträgen bzw. Sonstige betriebliche Aufwendungen ausgewiesen. Bilanzposten sowie schwebende Fremdwährungskassageschäfte werden zum Kassamittelkurs am Bilanzstichtag umgerechnet. Schwebende Devisentermingeschäfte werden mit den entsprechenden Terminkursen umgerechnet.

Der Gesamtbetrag der auf fremde Währung lautenden Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten beträgt TEUR 8.761 bzw. TEUR 9.124.

Aus der Währungsumrechnung ergeben sich einschließlich realisierter Erträge bzw. Aufwendungen Sonstige betriebliche Erträge von TEUR 1 und Sonstige betriebliche Aufwendungen von TEUR 3.

C. Angaben und Erläuterungen zur Bilanz

Aktiva 3 – Forderungen an Kreditinstitute

In diesem Posten sind enthalten:

	31.12.2016 TEUR	31.12.2015 TEUR
Forderungen an die eigene Girozentrale	73.738	96.189

Der Unterposten b) – andere Forderungen (ohne Bausparguthaben) – setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

	31.12.2016 TEUR
bis drei Monate	20.000
mehr als drei Monate bis ein Jahr	-
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	-
mehr als fünf Jahre	-

Anteilige Zinsen werden nach § 11 Satz 3 RechKredV nicht in die Fristengliederung einbezogen.

Aktiva 4 – Forderungen an Kunden

In diesem Posten sind enthalten:

	31.12.2016 TEUR	31.12.2015 TEUR
Forderungen an verbundene Unternehmen	3	79
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	564	566
nachrangige Forderungen	-	144

Der Posten setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

	31.12.2016 TEUR
bis drei Monate	82.842
mehr als drei Monate bis ein Jahr	196.965
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	840.084
mehr als fünf Jahre	1.647.327
Forderungen mit unbestimmter Laufzeit	111.641

Anteilige Zinsen werden nach § 11 Satz 3 RechKredV nicht in die Fristengliederung einbezogen.

Aktiva 5 – Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Von den in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind:

	31.12.2016 TEUR
börsennotiert	411.788
nicht börsennotiert	4.002

Im Jahr 2017 sind TEUR 34.962 fällig.

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist in der Anlage Anlagespiegel dargestellt.

Aktiva 6 – Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Die Sparkasse hält mehr als 10 % der Anteile an Sondervermögen im Sinne des Kapitalanlagegesetzbuches (KAGB):

Investmentfonds (in Mio. EUR):	Buchwert	Marktwert	Differenz Buchwert zu Marktwert	Ausschüt- tungen in 2016	Tägliche Rückgabe möglich	Unterlassene Abschrei- bungen
Teuto-I-Fonds	261,0	297,8	36,8	10,3	Ja	---

Die Anteile an Investmentvermögen sind der Liquiditätsreserve zugeordnet.

Investmentfonds:	Anlageziele	Anlageschwerpunkte
Teuto-I-Fonds	Risikodiversifizierung und Renditesteigerung	Aktien und Unternehmensanleihen

Von den in diesem Posten enthaltenen Wertpapieren sind:

	31.12.2016 TEUR
börsennotiert	-
nicht börsennotiert	260.980

Aktiva 7 – Beteiligungen

An folgendem Unternehmen, das nicht von untergeordneter Bedeutung ist, halten wir eine Beteiligung im Sinne von § 271 Abs. 1 HGB:

Name	Sitz	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital TEUR	Jahresergebnis TEUR
Sparkassenverband Westfalen-Lippe	Münster	2,80	1.082.093 (31.12.2015)	0 (31.12.2016)

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist in der Anlage Anlagespiegel dargestellt.

Aktiva 8 – Verbundene Unternehmen

Im Hinblick auf die untergeordnete Bedeutung des Tochterunternehmens für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse wurde auf die Aufstellung eines Konzernabschlusses gemäß § 296 Abs. 2 HGB verzichtet.

Gegenüber folgendem verbundenen Unternehmen besteht aufgrund eines Ergebnisabführungsvertrages die Verpflichtung zur Verlustübernahme.

Firma	Sitz	Rechtsform
S-Grundstückerschließungsgesellschaft mbH Kreissparkasse Steinfurt	Steinfurt	GmbH

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist in der Anlage Anlagespiegel dargestellt.

Aktiva 9 – Treuhandvermögen

Das Treuhandvermögen betrifft in voller Höhe die Forderungen an Kunden.

Weiterleitungsdarlehen mit einer 100 %igen Haftungsfreistellung (TEUR 6.180) werden abweichend zum Vorjahr (TEUR 6.431) nunmehr unter den Treuhandkrediten ausgewiesen.

Aktiva 12 – Sachanlagen

In diesem Posten sind enthalten:

	31.12.2016 TEUR
Im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Gebäude	17.062
Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.599

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist in der Anlage Anlagespiegel dargestellt.

Aktiva 13 – Sonstige Vermögensgegenstände

Die sonstigen Vermögensgegenstände entfallen zu rund 70 % auf Provisionsansprüche an Verbundpartner und zu rund 17 % auf Forderungen aus der Bargeldlogistik an ein Werttransportunternehmen.

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist in der Anlage Anlagespiegel dargestellt.

Aktiva 14 – Rechnungsabgrenzungsposten

In den Rechnungsabgrenzungsposten sind enthalten:

	31.12.2016 TEUR	31.12.2015 TEUR
Disagio aus Verbindlichkeiten	10	---

Passiva 1 – Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

In diesem Posten sind enthalten:

	31.12.2016 TEUR	31.12.2015 TEUR
Verbindlichkeiten gegenüber der eigenen Girozentrale	1.073	31.371

Der Unterposten b) setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

	31.12.2016 TEUR
bis drei Monate	15.806
mehr als drei Monate bis ein Jahr	38.026
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	388.534
mehr als fünf Jahre	447.606

Anteilige Zinsen werden nach § 11 Satz 3 RechKredV nicht in die Fristengliederung einbezogen.

Für die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind Vermögensgegenstände in Höhe von TEUR 804.596 als Sicherheit übertragen worden.

Passiva 2 – Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

In diesem Posten sind enthalten:

	31.12.2016 TEUR	31.12.2015 TEUR
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	32	26

Der Unterposten a) ab) – Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten – setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

	31.12.2016 TEUR
bis drei Monate	4.017
mehr als drei Monate bis ein Jahr	51.766
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	15.181
mehr als fünf Jahre	1.185

Der Unterposten a) bb) – andere Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist – setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

	31.12.2016 TEUR
bis drei Monate	12.483
mehr als drei Monate bis ein Jahr	32.482
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	47.882
mehr als fünf Jahre	2.763

Anteilige Zinsen werden nach § 11 Satz 3 RechKredV nicht in die Fristengliederung einbezogen.

Passiva 4 – Treuhandverbindlichkeiten

Bei den Treuhandverbindlichkeiten handelt es sich um Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (TEUR 6.289).

Passiva 6 – Rechnungsabgrenzungsposten

In den Rechnungsabgrenzungsposten sind enthalten:

	31.12.2016 TEUR	31.12.2015 TEUR
Disagio aus Forderungen	333	414

Passiva 7 – Rückstellungen

Der Unterschiedsbetrag gemäß § 253 Abs. 6 Satz 1 HGB beträgt zum 31.12.2016 TEUR 2.327. Dieser Unterschiedsbetrag unterliegt der Ausschüttungssperre nach § 253 Abs. 6 Satz 2 HGB. Zum Bilanzstichtag betragen die gesamten ausschüttungsgesperrten Beträge TEUR 2.327.

Eventualverbindlichkeiten

TEUR 4.000 entfallen auf solche Credit Default Swaps, bei denen wir im Rahmen der Sparkassen-Kreditbasket-Transaktionen Sicherungsgeberpositionen für Adressenausfallrisiken übernommen haben. Die Überprüfung der in die Kreditbaskets eingebrachten Kreditengagements hat ergeben, dass nicht mit einem Ausfall der Kreditnehmer zu rechnen ist.

D. Angaben und Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung 1 – Zinserträge

Für Anlagen gezahlte Zinsen (so genannte Negativzinsen) werden im GuV-Posten 1 saldiert in Höhe von EUR 65.188,48 (Vorjahr: EUR 83,33) ausgewiesen.

Daneben sind Vorfälligkeitsentgelte in Höhe von TEUR 2.086 (Vorjahr: TEUR 2.437) und Zinsen aus Vorjahren für notleidende Forderungen in Höhe von TEUR 1.743 (Vorjahr: TEUR 1.254) enthalten.

Gewinn- und Verlustrechnung 2 – Zinsaufwendungen

Die für aufgenommene bzw. erhaltene Gelder von der Sparkasse empfangenen Negativzinsen werden im GuV-Posten 2 saldiert in Höhe von EUR 28.394,24 (Vorjahr: EUR 9.241,42) ausgewiesen.

Durch vorzeitige Schließung von Zinsswaps sind Vorfälligkeitsentschädigungen von TEUR 15.703 angefallen, die unter den Zinsaufwendungen ausgewiesen werden.

Gewinn- und Verlustrechnung 5 – Provisionserträge

Rund 34 % der Provisionserträge entfallen auf für Dritte erbrachte Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung, insbesondere die Vermittlung von Produkten der Verbundpartner (Versicherungen, Bausparverträge, Immobilien, Investmentzertifikate, Leasingverträge) und die Verwaltung von Treuhandkrediten.

Gewinn- und Verlustrechnung 23 – Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Der ausgewiesene Steueraufwand ist um etwa TEUR 271 gemindert um Steuererstattungen infolge von Berichtigungsveranlagungen für Vorjahre.

E. Sonstige Angaben

Latente Steuern

Nennenswerte Unterschiedsbeträge entfallen auf folgende Bilanzpositionen:

<u>Positionen</u>	<u>Erläuterung der Differenz</u>
<u>Aktive latente Steuern</u>	
Forderungen an Kunden	Vorsorgereserven
Beteiligungen	Steuerlich nicht zu berücksichtigende Abschreibungen
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	Unterschiedliche Parameter
Andere Rückstellungen	Unterschiedliche Parameter und steuerrechtlich nicht berücksichtigte Rückstellungen

Der Berechnung wurden ein Körperschaftsteuersatz (einschließlich Solidaritätszuschlag) von 15,83 % und ein Gewerbesteuersatz von 15,03 % zugrunde gelegt. Mit Ausnahme der Differenzen bei den Personengesellschaften, für die lediglich der Körperschaftsteuersatz (einschließlich Solidaritätszuschlag) relevant ist, macht der gesamte Ertragsteuersatz bei den übrigen Unterschieden 30,86 % aus.

Saldiert ergibt sich ein Überhang aktiver latenter Steuern, für den das Aktivierungswahlrecht nicht genutzt wurde.

Der Unterschied zwischen dem ausgewiesenen, auf der Grundlage der steuerlichen Regelungen ermittelten Steueraufwand und dem aus der handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung erwarteten Steueraufwand ist im Wesentlichen auf die Veränderung des Fonds für allgemeine Bankrisiken sowie steuerlich nicht berücksichtigte Abschreibungen zurückzuführen.

Marktrisikobehaftete Geschäfte

Die Sparkasse hat im Geschäftsjahr und in Vorjahren derivative Finanzinstrumente abgeschlossen, die teilweise am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelt waren.

Die Zins-Swaps wurden in Form von Festzinszahler- und Festzinsempfänger-Swaps abgeschlossen. Der Kreditäquivalenzbetrag wurde am 31.12.2016 unter Anwendung der Nettingmethode mit

TEUR 1.380 ermittelt. Die Geschäfte dienen ausschließlich der Steuerung allgemeiner Zinsänderungsrisiken.

Devisentermingeschäfte werden mit Kunden zur Deckung deren Bedarfs abgeschlossen. Zu den Devisentermingeschäften werden unverzüglich währungsgleiche, fristen- und betragskongruente Gegengeschäfte abgeschlossen, so dass hieraus offene Positionen in nennenswertem Umfang nicht entstehen.

Die Arten und der Umfang der derivativen Finanzinstrumente, bezogen auf die Nominalwerte der zu Grunde liegenden Referenzwerte, sind in folgender Aufstellung zusammengestellt:

	Nominalbeträge nach Restlaufzeiten			Nominalbeträge		
	bis 1 Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre	insgesamt	Handelsgeschäfte	Deckungsgeschäfte
Derivative Finanzinstrumente	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Währungsrisiken Devisentermingeschäfte	3.388	---	---	3.388	1.694	1.694
Zinsrisiken Zins-Swaps	20.000	180.000	170.000	370.000	---	370.000

Gemäß IDW RS BFA 1 werden die Sicherungsgeber- und -nehmerpositionen aus den Credit Default Swaps aus den Sparkassen-Kreditbasket-Transaktionen nicht in der Tabelle angeführt.

Nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierte derivative Finanzinstrumente

Am Bilanzstichtag bestehen in folgendem Umfang noch nicht abgewickelte und nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierte derivative Finanzinstrumente:

	Bilanzposten	Buchwerte	Beizulegende Zeitwerte	
			positiv	negativ
Derivative Finanzinstrumente		TEUR	TEUR	TEUR
Währungsrisiken Devisentermingeschäfte	---	---	1	---
Zinsrisiken Zins-Swaps	---	---	---	34.862

Gemäß IDW RS BFA 1 werden die Sicherungsgeber- und -nehmerpositionen aus den Credit Default Swaps aus den Sparkassen-Kreditbasket-Transaktionen nicht in der Tabelle angeführt.

Der beizulegende Zeitwert der Zins-Swaps wird über die Abzinsung der künftigen Zahlungen (Cashflows) fiktiver Gegengeschäfte (Glattstellungsfiktion) auf den Abschlussstichtag ermittelt (Discounted- Cashflow-Verfahren). Die Diskontierungsfaktoren werden von Reuters veröffentlichten Zinsstrukturkurven am Markt gehandelter Swaps entnommen.

Die Zinsänderungsrisiken messen wir durch die Ermittlung der Auswirkungen von Marktzinsänderungen auf den Vermögenswert aller zinstragenden Aktiv- und Passivpositionen (Zinsbuch) über die Abzinsung aller innerhalb der jeweiligen Restlaufzeit liegenden Zahlungen (Cashflows). Diese werden mit der der jeweiligen Laufzeit entsprechenden aktuellen Rendite abgezinst. Den negativen beizulegenden Zeitwerten der in das Zinsbuch einbezogenen Zins-Swaps stehen nach unseren Berechnungen im Rahmen der Steuerung des Zinsänderungsrisikos entsprechend höhere Unterschiedsbeträge zwischen den ermittelten Vermögenswerten und den Bilanzwerten der zinstragenden Aktiv- und Passivposten gegenüber.

Die beizulegenden Zeitwerte der Devisentermingeschäfte wurden über die Bewertung fiktiver Gegengeschäfte (Glattstellungsfiktion – ohne Marge der Sparkasse) mit den von Reuters veröffentlichten währungs- und laufzeitbezogenen Terminkursen bewertet.

Nicht aus der Bilanz ersichtliche Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen gemäß § 285 Nr. 3a HGB

Die Kreissparkasse Steinfurt ist aufgrund des Tarifvertrags über die zusätzliche Altersvorsorge der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes verpflichtet, für ihre Beschäftigten eine zu einer Betriebsrente führende Versicherung bei einer Zusatzversorgungskasse abzuschließen. Sie ist deshalb Mitglied der Kommunale Zusatzversorgungskasse Westfalen-Lippe (kvw-Zu-

satzversorgung). Trägerin der kwv-Zusatzversorgung sind die Kommunalen Versorgungskassen Westfalen-Lippe (kvw). Die kwv-Zusatzversorgung ist eine rechtlich unselbstständige aber finanziell eigenverantwortliche Sonderkasse der kwv.

Aufgabe der kwv-Zusatzversorgung ist es, den Beschäftigten ihrer Mitglieder neben der gesetzlichen Rente eine zusätzliche Versorgung im Alter, bei Erwerbsminderung und für die Hinterbliebenen zu gewähren. Die gezahlten Renten werden jeweils am 01.07. eines Jahres um 1,0 % angepasst.

Die Finanzierung der Leistungen der kwv-Zusatzversorgung erfolgt nach dem Abschnittsdeckungsverfahren. Die Höhe der Einzahlungen wird deshalb alle drei Jahre nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelt. Dabei wird ein unendlicher Deckungsabschnitt in den Blick genommen, der es ermöglicht, die Entwicklung der Auszahlungsverpflichtungen langfristig abzuschätzen und die erforderlichen Umlage- und Sanierungsgeldeinnahmen zu ermitteln. Der Hebesatz beträgt im Jahr 2016 7,75 %. Die an die kwv-Zusatzversorgung geleisteten Zahlungen der Sparkasse betragen im Jahr 2016 TEUR 2.426.

Wenn ein Mitglied die kwv-Zusatzversorgung verlassen will, ist eine vom verantwortlichen Aktuar der Kasse nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelte Ausgleichszahlung für die bei der kwv-Zusatzversorgung verbleibenden Zahlungsverpflichtungen erforderlich. Im Falle des Austritts der Sparkasse zum 31.12.2015 hätte die Ausgleichszahlung EUR 103,6 Mio. betragen. Nach § 15a der Satzung der kwv-Zusatzversorgung entspricht die Ausgleichszahlung dem Barwert der zum Zeitpunkt der Beendigung der Mitgliedschaft bestehenden Verpflichtungen zuzüglich einer Verwaltungskostenpauschale von 2 % des Barwerts. Der Barwert ist auf der Grundlage des zum Zeitpunkt der Beendigung der Mitgliedschaft gültigen Höchstrechnungszinses gemäß § 2

Abs. 1 der Deckungsrückstellungsverordnung zu ermitteln, höchstens mit einem Zinssatz von 2,75 %. Dieser beträgt derzeit 1,25 %. Weitere Einzelheiten zur Ermittlung des Ausgleichsbetrags (z. B. biometrische Grundlagen im Einzelnen, Berücksichtigung von Rentenanpassungen und Hinterbliebenenversorgung) regeln die „Durchführungsvorschriften zu §§ 15a und 15b kwv-Satzung“. Eine Angabe zu einer möglichen Ausgleichszahlung zum 31.12.2016 kann von der kwv-Zusatzversorgung erst im dritten Quartal 2017 gemacht werden, da die entsprechenden versicherungsmathematischen Berechnungen zur Ermittlung des Ausgleichsbetrages erst durchgeführt werden können, wenn alle Jahresmeldungen der Mitglieder vorliegen und verarbeitet sind.

Die Sparkasse ist dem bundesweiten Sicherungssystem der deutschen Sparkassenorganisation angeschlossen, das elf regionale Sparkassenstützungsfonds durch einen überregionalen Ausgleich miteinander verknüpft. Zwischen diesen und den Sicherungseinrichtungen der Landesbanken und Landesbausparkassen besteht ein Haftungsverbund. Durch diese Verknüpfung steht im Stützungsfall das gesamte Sicherungsvolumen der Sparkassen-Finanzgruppe zur Verfügung.

Das Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe, das von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) als Einlagensicherungssystem nach dem Einlagensicherungsgesetz (Ein-SiG) amtlich anerkannt ist, besteht aus:

1. Freiwillige Institutssicherung

Primäre Zielsetzung des Sicherungssystems ist es, die angehörenden Institute selbst zu schützen und bei diesen drohende oder bestehende wirtschaftliche Schwierigkeiten abzuwenden. Auf diese Weise soll ein Entschädigungsfall vermieden und die Geschäftsbeziehung zum Kunden dauerhaft und ohne Einschränkungen fortgeführt werden.

2. Gesetzliche Einlagensicherung

Das institutsbezogene Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe ist als Einlagensicherungssystem nach EinSiG amtlich anerkannt. In der gesetzlichen Einlagensicherung haben die Kunden gegen das Sicherungssystem neben bestimmten Sonderfällen einen Anspruch auf Erstattung ihrer Einlagen bis zu TEUR 100. Dieser gesetzliche Entschädigungsfall ist jedoch eine reine Rückfalllösung für den Fall, dass die freiwillige Institutssicherung ausnahmsweise einmal nicht greifen sollte.

Die Sparkasse ist nach § 48 Abs. 2 Nr. 5 EinSiG verpflichtet, gegenüber dem SVWL und dem DSGVO als Träger des als Einlagensicherungssystem anerkannten institutsbezogenen Sicherungssystems der Sparkassen-Finanzgruppe zu garantieren, dass die Jahres- und Sonderbeiträge sowie die Sonderzahlung geleistet werden.

Für die Sparkasse beträgt das bis zum Jahr 2024 aufzubringende Zielvolumen EUR 8,948 Mio. Bis zum 31.12.2016 wurden EUR 3,337 Mio. eingezahlt.

Das EinSiG lässt zu, dass bis zu 30 % der Zielausstattung der Sicherungssysteme in Form von unwiderruflichen Zahlungsverpflichtungen (Payment Commitments) aufgebracht werden können. Von dieser Möglichkeit hat die Sparkasse in Höhe von TEUR 203 Gebrauch gemacht. Die Payment Commitments sind vollständig durch Finanzsicherheiten unterlegt.

Auf der Grundlage des verbindlichen Protokolls vom 24.11.2009 wurde mit Statut vom 11.12.2009 zur weiteren Stabilisierung der ehemaligen WestLB AG, Düsseldorf, die Erste Abwicklungsanstalt (EAA) gemäß § 8a Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz errichtet. Der Sparkassenverband Westfalen-Lippe (SVWL), Münster, ist entsprechend seinem Anteil

an der EAA von 25,03 % verpflichtet, liquiditätswirksame Verluste der EAA, die nicht durch das Eigenkapital der EAA ausgeglichen werden können, bis zu einem Höchstbetrag von EUR 2,25 Mrd. zu übernehmen. Indirekt besteht für die Sparkasse entsprechend ihrem Anteil am Verband eine aus künftigen Gewinnen zu erfüllende Verpflichtung, die nicht zu einer Belastung des am Bilanzstichtag vorhandenen Vermögens führt. Daher besteht zum Bilanzstichtag nicht die Notwendigkeit zur Bildung einer Rückstellung.

Für die mit der Auslagerung des Portfolios der ehemaligen WestLB AG auf die EAA verbundene indirekte Verlustausgleichspflicht wird die Sparkasse beginnend mit dem Jahr 2010 in einem Zeitraum von 25 Jahren Beträge aus künftigen Gewinnen bis zu einer Gesamthöhe von EUR 60,313 Mio. in den Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB ansparen (Gesamtbetrag zum 31.12.2016: EUR 12,531 Mio.). Nach Ablauf von 7 Jahren fand unter Einbeziehung aller Beteiligten eine Überprüfung des Vorsorgebedarfs statt. Danach liegen die in den Verträgen mit dem Land Nordrhein-Westfalen vereinbarten Voraussetzungen zur Aussetzung der weiteren Dotierung

der Ansparrücklage vor. Die Sparkasse hat im Jahr 2016 von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, die Dotierung der Ansparrücklage auszusetzen. Sofern künftig aufgrund der Verpflichtung eine Inanspruchnahme droht, wird die Sparkasse in entsprechender Höhe eine Rückstellung bilden.

Die Sparkasse ist nach § 32 SpkG des Landes Nordrhein-Westfalen Mitglied des Sparkassenverbandes Westfalen-Lippe (SVWL). Der Anteil der Sparkasse am Stammkapital des Verbands beträgt zum Bilanzstichtag 2,80 %. Der Verband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und hat die Aufgabe, das Sparkassenwesen bei den Mitgliedssparkassen zu fördern, Prüfungen bei den Mitgliedssparkassen durchzuführen und die Aufsichtsbehörde gutachterlich zu beraten. Zu diesem Zweck werden auch Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen des Finanzsektors gehalten. Für die Verbindlichkeiten und sonstigen Verpflichtungen des Verbandes haften sämtliche Mitgliedssparkassen. Der Verband erhebt nach § 23 der Satzung des Verbands eine Umlage von den Mitgliedssparkassen, soweit seine sonstigen Einnahmen die Geschäftskosten nicht decken.

Angabe des vom Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr berechneten Gesamthonorars gemäß § 285 Nr. 17 HGB

	TEUR
Abschlussprüferleistungen	288
andere Bestätigungsleistungen	29
Gesamtbetrag	317

Bezüge und Altersvorsorge der Mitglieder des Vorstands

Für die Verträge mit den Mitgliedern des Vorstands ist der Verwaltungsrat zuständig. Er orientiert sich dabei an den Empfehlungen der nordrhein-westfälischen Sparkassenverbände zu den Anstellungsbedingungen für Vorstandsmitglieder und Stellvertreter.

Mit den Mitgliedern des Vorstands bestehen auf fünf Jahre befristete Dienstverträge. Die Mitglieder des Vorstands erhalten feste Bezüge. Neben den festen Bezügen (Grundgehalt und Allgemeine Zulage von 15 %) kann den Mitgliedern des Vorstands als variable Vergütung eine Leistungszulage von bis zu 15 % des Grundgehalts gewährt werden. Die Leistungszulage wird jährlich durch den Verwaltungsrat, auf Grundlage

der Ergebnisse und der Erreichung der geschäfts- politischen Ziele des abgelaufenen Geschäftsjahres, festgelegt. Auf die festen Gehaltsansprüche wird die Tarifentwicklung des öffentlichen Dienstes angewendet.

Der Vorsitzende des Vorstands Rainer Langkamp erhielt unter Berücksichtigung eines Grundbetrages von TEUR 413, einer für 2015 vereinbarten Leistungszulage von TEUR 45 und einer Sonstigen Vergütung von TEUR 17 eine Gesamtvergütung von TEUR 475. Das Vorstandsmitglied Jürgen Brönstrup erhielt unter Berücksichtigung eines Grundbetrages von TEUR 376, einer Leistungszulage von TEUR 41 und einer Sonstigen Vergütung von TEUR 13 eine Gesamtvergütung von TEUR 430. Das Vorstandsmitglied Heinz-Bernd Buss erhielt unter Berücksichtigung eines Grundbetrages von TEUR 376, einer Leistungszulage von TEUR 41 und einer Sonstigen Vergütung von TEUR 11 eine Gesamtvergütung von TEUR 428. Insgesamt wurde ein Gesamtbetrag in Höhe von TEUR 1.333 ausgezahlt, der sich aus Grundbeträgen in Höhe von TEUR 1.165, Leistungszulagen von TEUR 127 und Sonstigen Vergütungen von TEUR 41 zusammensetzt.

Die sonstigen Vergütungen betreffen im Wesentlichen Sachbezüge aus der privaten Nutzung von Dienstfahrzeugen.

Im Falle einer Nichtverlängerung der Dienstverträge haben Rainer Langkamp, Jürgen Brönstrup und Heinz-Bernd Buss Anspruch auf Ruhegehaltszahlungen mit ihrem Ausscheiden, sofern die Nichtverlängerung nicht von ihnen zu vertreten ist. Der Anspruch von Rainer Langkamp beträgt derzeit 40 %, von Jürgen Brönstrup und Heinz-Bernd Buss 55 % der ruhegeldfähigen Bezüge.

Im Falle der regulären Beendigung ihrer Tätigkeit haben die im Geschäftsjahr bei der Sparkasse tätigen Mitglieder des Vorstands Anspruch auf Ruhegehaltszahlungen. Der Anspruch von Rainer Langkamp, von

Jürgen Brönstrup und Heinz-Bernd Buss beträgt dann 55 % der ruhegeldfähigen Bezüge. Auf die Pensionsansprüche wird ab Beginn der Ruhegehaltszahlungen die Tarifentwicklung des öffentlichen Dienstes angewendet.

Für Rainer Langkamp (Vorsitzender des Vorstands) wurden im Jahr 2016 TEUR 254 der Pensionsrückstellung zugeführt. Der Barwert der Pensionsansprüche am 31.12.2016 belief sich auf TEUR 3.092. Für das Vorstandsmitglied Jürgen Brönstrup wurden im Jahr 2016 TEUR 180 der Pensionsrückstellung zugeführt. Der Barwert der Pensionsansprüche am 31.12.2016 belief sich auf TEUR 3.469. Für das Vorstandsmitglied Heinz-Bernd Buss wurden im Jahr 2016 TEUR 218 der Pensionsrückstellung zugeführt. Der Barwert der Pensionsansprüche am 31.12.2016 belief sich auf TEUR 3.550. Insgesamt wurden im Jahr 2016 der Pensionsrückstellung TEUR 652 zugeführt. Der Barwert der Pensionsansprüche am 31.12.2016 belief sich insgesamt auf TEUR 10.111.

Bezüge der Mitglieder des Verwaltungsrats

Den Mitgliedern des Verwaltungsrats, des Hauptausschusses und des Risikoausschusses der Sparkasse einschließlich lediglich beratender Teilnehmer wird ein Sitzungsgeld von EUR 300,00 je Sitzung gezahlt. Der Vorsitzende erhält jeweils den doppelten Betrag. Außerdem erhalten die Mitglieder des Verwaltungsrates für die Zweckverbandsversammlung ein Sitzungsgeld von EUR 75,00 je Sitzung. Für jede Gremiensitzung und Seminarteilnahme wird den Mitgliedern und dem Vorsitzenden eine Fahrtkostenpauschale von EUR 25,00 gezahlt. Erfolgsbezogene Anteile, Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung sowie Ansprüche bei vorzeitiger oder regulärer Beendigung der Tätigkeit bestehen nicht.

In Abhängigkeit von der Sitzungshäufigkeit und -teilnahme ergaben sich im Geschäftsjahr 2016 folgende Bezüge der einzelnen Mitglieder der zuvor genannten Gremien:

Name	EUR	Name	EUR
Dr. Effing, Klaus	7.275	Vosseberg, Bernward	1.200
Grunendahl, Wilfried	3.675	Fehr, Helmut	975
Hafer, Hermann	3.675	Berentelg, Hermann	675
Diesfeld, Jürgen	2.775	Köster, Gisela	375
Kubeczko, Peter	2.700	Meiers, Klaus	375
Diekmann, Rudolf	2.475	Hoffmann, Bernd	300
Hegerfeld-Reckert, Anneli	2.475	Lah, Reinhard	300
Weiss, Andreas	2.475	Stegemann, Jens	300
Boße, Hartmut	2.400	Holthaus, Klaus	75
Botzke, Andreas	1.500	Hummert, Ludger	75
Streich, Hans-Jürgen	1.275	Schomberg, Gerhard	75
Rietmann, Paul	1.200	Schulze Lefert, Sigrid	75
Twilling, Verena	1.200		
		Insgesamt	39.900

Pensionsrückstellungen und -zahlungen für bzw. an frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene

An frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene wurden TEUR 787 gezahlt; die Pensionsrückstellungen für diesen Personenkreis betragen am 31.12.2016 TEUR 10.110.

Vorschüsse und Kreditgewährungen an den Vorstand und den Verwaltungsrat

Die Sparkasse hatte Mitgliedern des Vorstands zum 31.12.2016 Kredite, unwiderrufliche Kreditzusagen und Avale in Höhe von zusammen TEUR 346 und Mitgliedern des Verwaltungsrats in Höhe von TEUR 12.168 gewährt.

Mitarbeiter/innen

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

	<u>2016*</u>	<u>2015</u>
Vollzeitkräfte	412	470
Teilzeit- und Ultimokräfte	321	315
	<u>733</u>	<u>785</u>
Auszubildende	41	54
Insgesamt	<u>774</u>	<u>839</u>

* In 2016 erstmals ohne Mitarbeiter in der Freistellungsphase der Altersteilzeit

Nachtragsbericht gemäß § 285 Nr. 33 HGB

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahrs sind nicht eingetreten.

Verwaltungsrat

Mitglieder

Dr. Klaus Effing
Vorsitzendes Mitglied
Landrat des Kreises Steinfurt

Wilfried Grunendahl
1. stellv. Vorsitzender
selbstständiger Kaufmann
Betonwarenherstellung
Landtagsabgeordneter NRW

Anneli Hegerfeld-Reckert
2. stellv. Vorsitzende
Geschäftsführerin der SPD Fraktion
im Landschaftsverband Westfalen-Lippe

Hermann Berentelg
Unternehmer
Ziegelherstellung

Rudolf Diekmann
selbstständiger Rechtsanwalt

Jürgen Diesfeld
Angestellter Lottogesellschaft i.R.

Hermann Hafer
technischer Beamter i.R.

Paul Rietmann
Landwirt

Hans-Jürgen Streich
KFZ-Meister i.R.

Andreas Weiss
selbstständiger Rechtsanwalt

Hartmut Boße
Sparkassenangestellter

Andreas Botzke
Sparkassenangestellter

Peter Kubezko
Sparkassenangestellter

Verena Twilling
Sparkassenangestellte

Bernward Vosseberg
Sparkassenangestellter

Stellvertretende Mitglieder

Gerhard Schomberg
Landwirtschaftsmeister

Klaus Meiers
Diplom-Pflegewirt
Geschäftsführer
Krankenpflege

Helmut Fehr
Angestellter Landtag NRW
Lehrer i.R.

Ludger Hummert
Buchführungssachbearbeiter
Landwirt

Sigrid Schulze Lefert
Agraringenieurin

Gisela Lang
staatl. geprüfte Betriebswirtin
Verwaltungsangestellte

Gisela Köster
Kinderkrankenschwester, Hausfrau

Reinhard Lah
Elektroinstallateur i.R.

Klaus Holthaus
Diplom-Volkswirt, Berufsschullehrer i.R.

Jörg Misch
Sparkassenangestellter

Karin Miltrup
Sparkassenangestellte

Jürgen Üffing
Sparkassenangestellter

Bernd Hoffmann
Sparkassenangestellter

Jens Stegemann
Sparkassenangestellter

Beratende Teilnahme

Claudia Bögel-Hoyer
Bürgermeisterin
der Stadt Steinfurt

Christina Rähmann
Bürgermeisterin
der Gemeinde Mettingen

Peter Vennemeyer
Bürgermeister
der Stadt Greven

Franz Möllering
Bürgermeister
der Gemeinde Neuenkirchen

Dr. Marc Schrammeyer
Bürgermeister
der Stadt Ibbenbüren

Vorstand

Rainer Langkamp
Vorsitzender

Jürgen Brönstrup

Heinz-Bernd Buss

Ibbenbüren, 28. März 2017

Der Vorstand



Rainer Langkamp



Jürgen Brönstrup



Heinz-Bernd Buss

Anlage Anlagespiegel

	Entwicklung des Finanzanlagevermögens (Angaben in TEUR)			
	Schuldverschreibungen und andere festverzins- liche Wertpapiere	Aktien und andere nicht festverzins- liche Wertpapiere	Beteiligungen	Anteile an verbundenen Unternehmen
Entwicklung der Anschaffungs-/ Herstellungskosten				
Stand am 1.1. des Geschäftsjahres	---	---	73.404	50
Zugänge	4.000	---	4.318	---
Abgänge	---	---	---	---
Umbuchungen	---	---	---	---
Stand am 31.12. des Geschäftsjahres	4.000	---	77.722	50
Entwicklung der kumulierten Abschreibungen				
Stand am 1.1. des Geschäftsjahres	---	---	20.739	50
Abschreibungen im Geschäftsjahr	---	---	3.952	---
Zuschreibungen im Geschäftsjahr	---	---	---	---
Änderung der gesamten Abschreibungen				
im Zusammenhang mit Zugängen	---	---	---	---
im Zusammenhang mit Abgängen	---	---	---	---
im Zusammenhang mit Umbuchungen	---	---	---	---
Stand am 31.12. des Geschäftsjahres	---	---	24.691	50
Buchwerte				
Stand am 1.1. des Geschäftsjahres	---	---	52.665	---
Stand am 31.12. des Geschäftsjahres	4.000	---	53.031	---

	Entwicklung des Sachanlagevermögens (Angaben in TEUR)		
	Immaterielle Anlagewerte	Sachanlagen	Sonstige Vermögensgegenstände
Entwicklung der Anschaffungs-/ Herstellungskosten			
Stand am 1.1. des Geschäftsjahres	2.057	100.316	18
Zugänge	76	844	---
Abgänge	13	4.792	---
Umbuchungen	---	---	---
Stand am 31.12. des Geschäftsjahres	2.120	96.368	18
Entwicklung der kumulierten Abschreibungen			
Stand am 1.1. des Geschäftsjahres	1.925	76.726	---
Abschreibungen im Geschäftsjahr	113	2.758	---
Zuschreibungen im Geschäftsjahr	---	---	---
Änderung der gesamten Abschreibungen			
im Zusammenhang mit Zugängen	---	---	---
im Zusammenhang mit Abgängen	13	4.771	---
im Zusammenhang mit Umbuchungen	---	---	---
Stand am 31.12. des Geschäftsjahres	2.025	74.713	---
Buchwerte			
Stand am 1.1. des Geschäftsjahres	132	23.590	18
Stand am 31.12. des Geschäftsjahres	95	21.655	18

**Anlage zum Jahresabschluss
gemäß § 26a Abs. 1 Satz 2 KWG
zum 31. Dezember 2016
(„Länderspezifische Berichterstattung“)**

Die Kreissparkasse Steinfurt hat keine Niederlassungen im Ausland. Sämtliche nachfolgende Angaben entstammen dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016 und beziehen sich ausschließlich auf ihre Geschäftstätigkeit als regional tätige Sparkasse in der Bundesrepublik Deutschland. Die Tätigkeit der Kreissparkasse Steinfurt besteht im Wesentlichen darin, Einlagen oder andere rückzahlbare Gelder von Privat- und Firmenkunden entgegenzunehmen und Kredite für eigene Rechnung zu gewähren.

Die Kreissparkasse Steinfurt definiert den Umsatz als Saldo aus der Summe folgender Komponenten

der Gewinn- und Verlustrechnung nach HGB: Zinserträge, Zinsaufwendungen, laufende Erträge aus Aktien etc., Erträge aus Gewinngemeinschaften etc., Provisionserträge, Provisionsaufwendungen und sonstige betriebliche Erträge. Der Umsatz beträgt für den Zeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2016 TEUR 93.216.

Die Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeitäquivalenten beträgt im Jahresdurchschnitt 582 (Vorjahr: 604).

Der Gewinn vor Steuern beträgt TEUR 13.476.

Die Steuern auf Gewinn betragen TEUR 7.753.
Die Steuern betreffen laufende Steuern.

Die Kreissparkasse Steinfurt hat im Geschäftsjahr keine öffentlichen Beihilfen erhalten.

Bestätigungsvermerk

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Kreissparkasse Steinfurt für das Geschäftsjahr vom 01.01.2016 bis 31.12.2016 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Sparkasse. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Sparkasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt.

Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der

Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Münster, 03.04.2017

Sparkassenverband Westfalen-Lippe
- Prüfungsstelle -

Harmann
Wirtschaftsprüfer

Wenn's um Geld geht



Kreissparkasse
Steinfurt